



# OKOSOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Das Jahrhundertkonzept  
der Volkspartei für  
Österreichs Zukunft



Multiplex  
Media Verlag

V 3079

**SIEMENS**

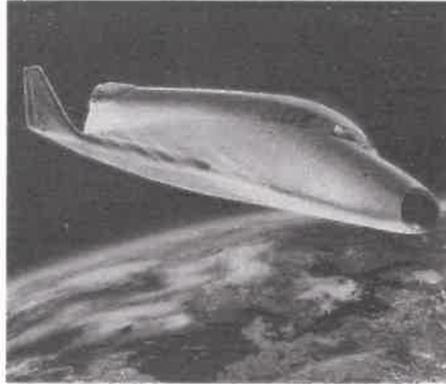
## Wir in Österreich exportieren gerne – auch Ideen: Software

Ein rohstoffarmes Land wie Österreich muß sich  
Besonderes einfallen lassen, um am Weltmarkt erfolgreich  
zu sein.

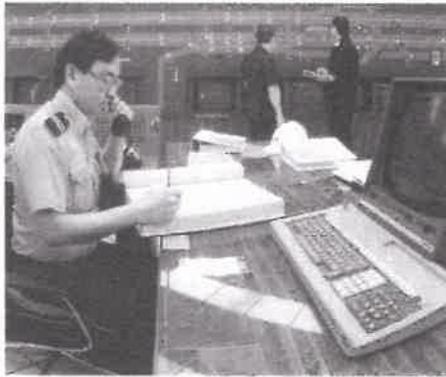
Österreichische Ingenieurleistungen setzen wir deshalb  
verstärkt für die Entwicklung von Software – von  
Computerprogrammen – ein. Diese werden für die  
Funktion komplexer Kommunikationssysteme ebenso  
gebraucht wie für die kommerzielle Datenverarbeitung,  
die Prozeßautomatisierung oder Medizinische Technik.  
Mehr als 2.000 der über 15.500 Mitarbeiter von Siemens  
Österreich arbeiten in der Softwareentwicklung.  
Damit ist unsere Programm- und Systementwicklung  
(PSE) in Wien, Graz und Salzburg eines der größten  
Softwarehäuser Europas.

Unsere Entwicklungen bewähren sich weltweit.

**Innovationen  
sichern unsere Zukunft**



*Die PSE erstellt im Rahmen der europäischen  
Weltraumforschung – für die ESA – eine Software-  
studie über die wirtschaftliche Übertragung von  
ISDN-Breitbandsignalen über Satelliten.*



*Im Airport-Tunnel Hongkong bewährt sich  
Siemens-Software aus Österreich.*



*PSE-Projekt: Computerchinesisch.  
Das Offene Integrierte Chinese Processing  
Environment von Siemens ermöglicht Einsatz von  
Personal Computern mit chinesischen Schriftzeichen.*

FW 855

V 3079

# ÖKOSOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

KARL VON VOGELSANG-  
INSTITUT WIEN  
T: 101 GASSE 13

**Das Jahrhundertkonzept  
der Volkspartei für  
Österreichs Zukunft**



**Multiplex Media Verlag**

---

Herausgegeben von Dipl.-Ing. Josef Riegler

---

KARL VON VOBELSANG-  
INSTITUT WIEN  
TILDRITZGASSE 7/3

**I**n den großen Aufbaujahren der Zweiten Republik ist es zu einer historischen Entwicklung unseres Wirtschaftssystems gekommen: Die Volkspartei hat gegenüber Gefährdungen von außen und von innen das Prinzip der Marktwirtschaft für unser Land verfochten und durchgesetzt. Und noch viel mehr: Die Soziale Marktwirtschaft wurde geboren, deren entscheidende Leistung wir heute in einer blühenden Wirtschaft, in einem der besten sozialen Netze der Welt und in einer beispiellosen Zusammenarbeit der Sozialpartner in Österreich erkennen.

Nun haben wir eine neue, in ihrer Bedeutung für unsere Existenz noch gar nicht voll erfaßte Herausforderung zu bewältigen: die Sicherung unserer bedrohten Lebensgrundlagen, der Natur, der Umwelt. Und wieder geht die Volkspartei in Programm und politischer Tat voran – mit ihrem Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft, das die Sanierung und Bewahrung der Umwelt als gleichwertiges Ziel in die Soziale Marktwirtschaft einbindet. Ein Konzept nicht nur für das nächste Jahrzehnt, sondern für das nächste Jahrhundert.

Wie das ÖVP-Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft entwickelt und erarbeitet wurde, ist der Gegenstand dieser Dokumentation.

---

MULTIPLEX MEDIA Verlag, Innsbruck-Wien 1989  
6020 Innsbruck, Mentlgasse 7/14  
Alle Rechte vorbehalten  
Druck: RWF Frömelt Hechenleitner  
Werbe-gesellschaft m.b.H., A-6112 Wattens  
Printed in Austria 1989 – ISBN: 3-7048-0017-1

---



**Helmut Kukacka**

*Mag. Helmut Kukacka ist Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei. Mit diesem Beitrag eröffnete er am 6. Oktober 1988 in Wien die Enquete „Ökosoziale Marktwirtschaft“ der ÖVP.*

## **Neue Aufgaben – neue Lösungen**

Die Verwirklichung der programmatischen Grundsätze der Volkspartei, die wirtschaftspolitische Kompetenz unserer Partei, der Sachverstand unserer Experten und Fachleute haben in den ersten 25 Jahren der Zweiten Republik jene Rahmenbedingungen geschaffen, die Österreich zu einem modernen Industriestaat und zu einer modernen Wirtschaftsgesellschaft reifen ließen. Ein ausgeglichener Staatshaushalt, eine stabile Währung, ein leistungsorientiertes System von Anreizen schufen die Voraussetzungen dafür.

In der Ära der sozialistischen Alleinregierungen sind diese Grundsätze et-

was zu sehr in den Hintergrund gerückt. Der Staatseinfluß wurde ausgeweitet, starke staatliche Wirtschaftseingriffe traten an die Stelle einer behutsamen Steuerung des Wirtschaftsgeschehens. Die Gesetze des Markts wurden relativiert, und es kam auch zu einem ausgeklügelten System parteipolitischer Einflußnahmen. Wir alle haben feststellen müssen, daß Teile der österreichischen Wirtschaft in diesen Jahren unzweifelhaft schwächer geworden sind, daß diese Wirtschaft Substanz eingebüßt hat und daß leider die Verstaatlichte Industrie insgesamt zu einem Sanierungsfall geworden ist.

Das war die Situation, die wir beim Eintritt in die Koalitionsregierung vorgefunden haben. Damit galt es im Interesse des Landes Österreich fertig zu werden, und das war ja das eigentliche Motiv der Volkspartei, sich an der Regierung zu beteiligen.

### Die Weichen richtig gestellt

Wir haben uns der Herausforderung gestellt und heute können wir sagen, daß die Weichen in diesen letzten zwei Jahren richtig gestellt wurden. Es wurde die Konsolidierung des desolaten Staatsbudgets eingeleitet; es ist das Tempo und Ausmaß der staatlichen Neuverschuldung massiv eingebremst worden; es ist die leistungshemmende Steuerbelastung beseitigt, und es ist zu einem stärkeren Rückzug des Staats aus der Wirtschaft gekommen. Es ist die betriebswirtschaftliche Führung unserer verstaatlichten Unternehmen eingeleitet worden, und die Erfolge der ersten Privatisierungsschritte beeinflussen auch positiv das Wirtschaftsklima in diesem Land. Nicht zuletzt deshalb ist das Wirtschaftswachstum derzeit das höchste seit acht Jahren. Auf diesem Weg wollen und müssen wir im Interesse dieses Landes weiterschreiten.

Es waren die Väter der klassischen liberalen Marktwirtschaft, die mit ihrem Wirtschaftsmodell der westlichen Welt das Tor zur industriellen Entwicklung geöffnet haben. Das Modell der Sozialen Marktwirtschaft hat dann nach den bitteren Erfahrungen der Zwischenkriegszeit dafür Sorge getragen, daß der wirtschaftliche Fortschritt auch in einen sozialen Fortschritt umgemünzt wurde. Und erst die Soziale Marktwirtschaft hat der klassischen liberalen Marktwirtschaft die soziale Dimension gegeben

und das Marktwirtschaftssystem mit den sozialen Leitbildern unserer Gesellschaft versöhnt.

Heute freilich steht die Wirtschaftspolitik wieder vor neuen Fragen und vor neuen Aufgaben. Fragen, bei denen es nicht nur um die materielle Versorgung, sondern vor allem auch um die sinnvolle und lebensgemäße Gestaltung der gesellschaftlichen und auch der natürlichen Umwelt des Menschen geht.

Die Antwort liegt möglicherweise in der Idee einer „Ökosozialen Marktwirtschaft“. Sie könnte heißen, die Chancen der heutigen technologischen Revolution für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, für einen modernen und qualitativen Umweltschutz, für mehr Freiheit, aber auch für mehr Flexibilität in der Arbeitswelt zu nutzen. Denn die internationale Entwicklung zeigt uns auch eines ganz klar: Wo sich ein dynamisches Wirtschaftssystem der modernsten Technologien bedient, dort sind auch große umweltpolitische Erfolge möglich, können neue Marktchancen erschlossen werden, können das System der sozialen Sicherheit, der Wohlstand für die Bevölkerung und letztlich auch die ökologische Zukunft gesichert werden.

### Skepsis löst keine Probleme

Dort, wo diese modernen Technologien nicht zur Verfügung stehen; dort, wo Bürokratismus, wo planwirtschaftliche Eingriffe stattfinden, wo die Chancen für den einzelnen beschränkt sind, dort funktioniert auch das soziale System nicht, wird vor allem die Umwelt am stärksten ausgebeutet, droht längerfristig auch der ökologische Zusammenbruch.

Aber auch das möchte ich feststellen: Wir sind der Auffassung, daß ökologi-



Enquete der Volkspartei zur Ökosozialen Marktwirtschaft in Wien.

scher Pessimismus, daß Wirtschaftsskepsis, daß Dämonisierung des technischen Fortschritts und Diffamierung der Industriegesellschaft sicherlich keinen Beitrag zur Lösung der anstehenden Probleme leisten können. Nostalgische Moden, Aussteigerromantik, linke wirtschaftspolitische Utopien – diesen Dingen mögen sich andere hingeben. Wir setzen auf die Weiterentwicklung unserer Industriegesellschaft, auf Innovation, aber auch auf soziale Fairneß und vor allem auf ökologische Verantwortung.

Unser Wirtschaftskongreß im Juni 1988 in Linz hat zum ersten Mal in einer umfassenderen Weise den Begriff der Ökosozialen Marktwirtschaft in die wirtschaftspolitische Diskussion auch in Österreich eingeführt. Damit signalisieren wir eine neue Wegmarke unserer wirtschaftspolitischen Zukunftsvorstellungen, nämlich die mögliche Weiterentwicklung unseres wirtschaftspolitischen Konzepts hin zu einer stärker ökosozial ausgerichteten Marktwirtschaft.

Unsere Vorstellungen beziehen sich dabei auf drei gleichrangige Ziele:

- auf das Ziel der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit;
- auf das Ziel der sozialen Absicherung von wirtschaftlich Leistungsschwachen und, als neue Dimension,
- auf das Ziel der ökologischen Verantwortung.

Ökosoziale Marktwirtschaft ist somit als Versuch zu sehen, qualitatives Wachstum, soziale Sicherheit, aber auch Lebensqualität und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen für die nächsten Generationen zu einer umfassenden Einheit zusammenzufassen.

Und diese Leitvorstellungen, ihre Inhalte und ihre Begriffsbildung wollen wir in der nächsten Zeit diskutieren und sie auf ihre Bedeutung und Berechtigung prüfen. Das ist schließlich auch ein Versuch, in der Geschichte der wirtschaftspolitischen Ideen und ihrer konkreten Verwirklichung ein neues Blatt aufzuschlagen.

## F. W. Raiffeisen

1818 — 1888

Wirtschafts- und Sozialreformer,  
Genossenschaftsgründer



**Raiffeisens Ideen und Grundsätze haben zum Unterschied von gesellschaftlichen Reformern, die ebenfalls in dieser Zeit tätig waren, überlebt und sind - auf heute übertragen - unsere Leitlinien !**

Schon Raiffeisen wußte, daß die örtliche Raiffeisenbank nicht allein dastehen kann. Sie baut daher auf dem Prinzip der Subsidiarität auf. Dieses Prinzip des sich gegenseitigen Ergänzens ermöglicht für Kunden und Mitglieder die Quadratur des Kreises: ortsverbunden zu sein und doch alle internationalen Verbindungen zu haben; emotionelle Einfühlsamkeit für die Wünsche und Sorgen der örtlichen Bevölkerung zu haben und doch eine volle Automatisierung der Routinearbeit zu gewährleisten. Für die Mitglieder überschaubar zu bleiben und mit Hilfe der Raiffeisenlandeszentralen und der Raiffeisen-Zentralbank in Wien überregionale Reichweiten mit Fachkompetenz einer großen Bankengruppe zu haben.

Veitscher Magnesitwerke A.G.

Einer der weltweit bedeutendsten Hersteller  
von höchstwertigen feuerfesten Ofenbaustoffen aus Magnesit.



Veitscher Magnesitwerke Actien-Gesellschaft · A-1011 Wien, Schuberttring 10-12 Postfach 143  
Telefon (0222) 51513-0\* · Telex 111766 vmag · Telefax (0222) 5134315

Der moderne Bauer bereitet sich auf den Weg  
in die EG vor, die Folgen von Hagelschäden  
überläßt er seiner Versicherung.

Die Österreichische Hagelversicherung ist ein  
Partner, mit dem man rechnen kann.



Josef Riegler

*Auf dem Bundesparteitag 1989  
der ÖVP in der Wiener Hofburg  
stellte Dipl.-Ing. Josef Riegler —  
nach seiner Wahl zum Parteiob-  
mann — die Ökosoziale Markt-  
wirtschaft in den Mittelpunkt sei-  
ner großen Antrittsrede.*

## Unser Konzept zur Erhaltung der Natur

Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage in Österreich gibt Grund zum Optimismus: Wir leben in einem bisher nicht gekannten Wohlstand, wir erleben einen neuen Wirtschaftsaufschwung. Dennoch sind große Probleme noch nicht bewältigt, sind neue Herausforderungen für Wirtschaft und Gesellschaft, für die Politik und die Parteien entstanden. Menschen leben in Sorge um ihre Lebensbedingungen; sie leben in Sorge um ihre Umwelt und ihre Zukunft.

Die Volkspartei will in den für das Leben des einzelnen entscheidenden Bereichen, also in der Wirtschaft und im Umweltschutz, gemeinsam mit den

Menschen neue Lösungen erarbeiten sowie eine ehrliche, realistische und umsetzbare Antwort auf die offenen Fragen — und damit einen Weg in die Zukunft — anbieten.

Der Kampf um die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt auf diesem unserem Planeten ist in absehbarer Zeit die Herausforderung schlechthin: Jede politische Bewegung, besonders aber eine große Partei wie die Volkspartei, muß sich dieser ökologischen Herausforderung stellen. Die Volkspartei hat dafür ein neues und eigenständiges Konzept entwickelt — es heißt „Ökosoziale Marktwirtschaft“. Mit ihm legen wir eine

völlig neue ordnungspolitische Zielsetzung für die Bewältigung des zentralen politischen Problems und Konfliktfelds der neunziger Jahre vor.

Unsere soziale Marktwirtschaft war die imponierende Antwort auf die sozialen Fragen des 19. und 20. Jahrhunderts. Heute stehen wir vor der nächsten Herausforderung: Zur früheren Polarität von Arbeit und Kapital ist heute mit Natur und Umwelt ein weiterer Eckpunkt des Spannungsfelds gekommen, innerhalb dessen ein Ausgleich der Interessen zustandekommen muß. Wir haben in unserem wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Modell das Gleichgewicht neu zu finden.

### Herausforderung Umweltschutz

Wenn wir den Umweltschutz zur entscheidenden politischen Herausforderung, zum Generalthema des nächsten Jahrzehnts erklären, dann folgen wir der programmatischen Tradition der Österreichischen Volkspartei: An einem vergleichbaren Wendepunkt der Politik haben wir mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft die Basis für eine völlige Neuordnung des wirtschaftlichen und sozialen Systems geschaffen. Dieses geniale Modell hat mit seinen ordnungspolitischen Vorstellungen den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit aufgehoben und diese beiden Elemente zu einer neuen, tragfähigen und bis heute funktionierenden Partnerschaft zusammengeführt. Die Soziale Marktwirtschaft hat die bis dahin größte Blüte unserer Wirtschaft hervorgerufen und einen bis dahin unvorstellbaren Wohlstand geschaffen.

Jetzt haben wir es mit einem neuen Spannungsverhältnis, einer neuartigen Bedrohung unserer Lebensgrundlagen zu tun, deren Wurzeln in unserem Denk-

und Wertesystem liegen. Zwei Ursachen sind zu sehen:

- Die üblich gewordene sektorale Denkweise ist zwar die Grundlage des Fortschritts in vielen Einzelbereichen; sie hat aber zum Verlust des ganzheitlichen Denkens und des Gefühls für die Gesamtverantwortung geführt.
- Das Prinzip der kurzfristigen Maximierung des Erfolgs bewirkt zwar Höchstleistungen und einen beeindruckenden Wohlstand; die Kehrseite ist aber eine deutlich gewordene globale Bedrohung der natürlichen Umwelt und des menschlichen Lebens.

Die Umwelt und die natürlichen Produktionsgrundlagen – Boden, Wasser und Luft – wurden bisher zu wenig als positive Produktionsfaktoren bewertet und anerkannt. Die Rechnung dafür wird uns in letzter Zeit in immer drastischerer Form präsentiert:

- Die in den hochentwickelten Industrieländern besonders intensiv genutzten Böden haben die Grenzen ihrer Belastbarkeit erreicht; das Grundwasser ist gefährdet.
- Manche Seen sind übersäuert, Wälder sterben ab, an vielen Stränden in Europa und in Übersee herrscht Badeverbot, Ölteppiche verseuchen ganze Küsten, und hochgiftige Abfälle befinden sich als tickende Zeitbomben im Boden und in den Weltmeeren.
- In vielen Regionen werden die sauerstoffspendenden Tropenwälder zerstört; die uns schützende Ozonschicht ist löcherig; die Anreicherung der Atmosphäre mit CO<sub>2</sub> führt zu ihrer Aufheizung.

Nun werden in unserem derzeitigen Wirtschaftssystem die positiven externen Effekte, die Auswirkungen auf die Gesamtheit, nicht „belohnt“ und die ne-



Ein neues Ziel der Wirtschaftspolitik: die Sicherung der Lebensgrundlagen.

gativen externen Effekte nicht „bestraft“. Es ist daher verständlich, daß nur die internen, die unmittelbaren Effekte wirtschaftlicher Tätigkeit bedacht werden, daß also die Auswirkungen auf die Umwelt bisher weitgehend unberücksichtigt blieben. Gerade an diesem Punkt setzt die Idee der Ökosozialen Marktwirtschaft an: Wir wollen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen so gestalten, daß die Dynamik der Marktwirtschaft für die Schonung der Natur und die Sicherung der Lebensgrundlagen mobilisiert wird.

Schon die geistigen Väter der Sozialen

Marktwirtschaft haben aufgrund ihres Menschenbilds erkannt, daß der wirtschaftliche Erfolg und das unternehmerische Leistungsvermögen nicht Selbstzweck sind und auch kein Ziel sein dürfen, das allen anderen übergeordnet wird. Sie haben seinerzeit offensiv und ganz bewußt neben dem wirtschaftlichen Aufstieg die soziale Gerechtigkeit als gleichwertiges Ziel in ihre Wirtschaftspolitik einbezogen. Nun ist es an uns, diesen beiden Zielen ein drittes, nämlich die Erhaltung der Natur, gleichrangig an die Seite zu stellen.

Das Wesentliche an der Vision und am

Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft liegt daher darin, drei Ziele als gleichwertig und gleichrangig anzuerkennen und zu verfolgen; diese sind:

- wirtschaftliche Leistungsfähigkeit,
- ökologische Verantwortung;
- soziale Solidarität.

Mit dem gebotenen Ausbau und der Weiterentwicklung der Sozialen zur Ökosozialen Marktwirtschaft legt die ÖVP das ordnungspolitische Modell Österreichs für die Zukunft vor:

### **Belohnte Umweltschonung**

Die Ökosoziale Marktwirtschaft ist unser Konzept eines Wirtschaftssystems, in dem der Staat seine sozialen und ökologischen Aufgaben gleich ernst nimmt.

Die Ökosoziale Marktwirtschaft ist ein Wirtschaftssystem, in dem die Belastung der Umwelt teuer kommt, umweltgerechtes Verhalten hingegen durch finanzielle Anreize belohnt wird.

Die Ökosoziale Marktwirtschaft ist jenes Modell, das die Dynamik der Marktwirtschaft in den Dienst der Sicherung unserer Umwelt stellt, in dem Innovation und technische Entwicklung zu Verbündeten des Umweltschutzes werden.

Die Ökosoziale Marktwirtschaft ist schließlich ein Wirtschaftssystem, das auf das aktive Umweltbewußtsein der Produzenten und Konsumenten baut und nicht auf immer kompliziertere Vorschriften und bürokratische Regelungen.

Im Rahmen der geplanten zweiten Etappe der großen Steuerreform wird es daher auch notwendig sein, ökologische Gesichtspunkte im Steuersystem zu verankern. Und damit auch das klar ist: Der „ökologische Umbau“ unseres Steuersystems darf nicht zu einer Erhöhung der steuerlichen Gesamtbelastung führen, sondern zu einer Umschichtung.

Ohne einer Diskussion von Betriebs- und Volkswirtschaftlern vorzugreifen, darf ich schon jetzt feststellen, daß gesetzliche und verwaltungsmäßige Reglementierungen sowie die Einführung neuer oder die Erhöhung bestehender Abgaben unter dem Titel des Umweltschutzes lediglich im nachhinein die Folgen eines Problems mildern, nicht aber dessen Ursachen zu beseitigen vermögen.

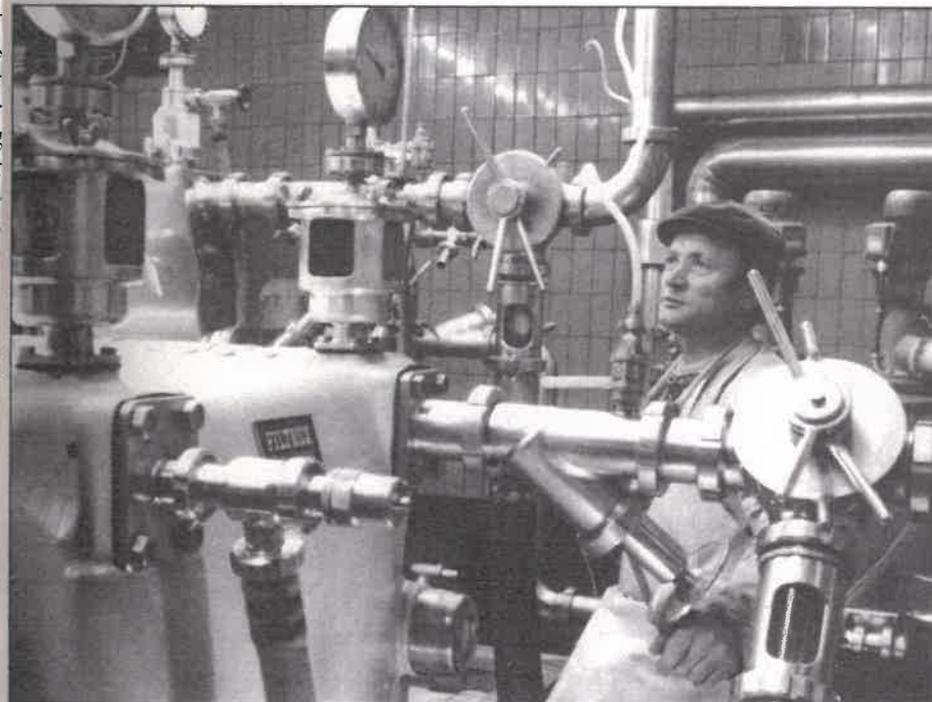
Vom Grundkonzept der Ökosozialen Marktwirtschaft ausgehend, ist es sinnvoll und notwendig, nun die Konsequenzen daraus zu diskutieren, also die Fragen zu beantworten,

- welche Produktionsfaktoren steuerlich ent- oder belastet werden sollen;
- welche neuen ordnungspolitischen Ziele bei der nächsten Steuerreform anzustreben sind;
- welcher Produktionsweise und welchen Technologien der Vorzug gegeben wird;
- welche Energieträger unser Wirtschaftssystem bevorzugt;
- wie die Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft insgesamt weiterentwickelt werden müssen.

### **Es wird am einzelnen liegen**

Die Lösung der Umweltprobleme wird jedenfalls umso leichter fallen, je besser sich die österreichische Wirtschaft im technischen Wandel behaupten kann, je fortgeschrittener die Technologien sind, deren sie sich bedient, und je erfolgreicher es ihr gelingt, ihre Produktivität zu steigern. Gerade die technische Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft erhöht den Spielraum für Kurskorrekturen zur Ökologie hin.

Zweifellos wird auch allen Mitbürgern viel konkreter und direkter bewußt



*Eine neue Partnerschaft aufbauen: zur Arbeit und zum Kapital die Umwelt.*

gemacht werden müssen, daß „der Staat“, „die Politik“ die Probleme mit der Umwelt nur zum geringeren Teil lösen können und daß es viel mehr an der Einsicht und an der Verhaltensweise des einzelnen liegen wird.

Bei unseren Bemühungen muß uns weiters bewußt sein, daß wir es vielfach mit kontinentalen, wenn nicht sogar mit globalen Problemen und Herausforderungen zu tun haben. Einerseits ist Umweltschutz, lediglich auf nationaler Basis betrieben, nur beschränkt wirksam; andererseits benötigen wir einen internationalen Gleichklang der Industrieländer bei den Auflagen für den Umweltschutz, um nicht Verzerrungen des Wettbewerbs auszulösen und damit Nachteile

im internationalen Konkurrenzkampf in Kauf nehmen zu müssen.

Damit ist nicht nur jeder einzelne, sondern sind auch die Träger der Verantwortung in den Unternehmen, in der Sozialpartnerschaft, in Wissenschaft und Politik eingeladen, am Konzept einer Ökosozialen Marktwirtschaft und beim Aufbau einer Öko-Partnerschaft mitzuarbeiten. Schließlich gilt sowohl für die Politik wie auch für die Wirtschaft der Grundsatz, daß sie ihr Leistungsvermögen und ihre positiven Wirkungen nur dann voll entfalten und die angestrebten Erfolge nur dann erzielen können, wenn sie sich in Übereinstimmung mit ihren Mitarbeitern, mit den Konsumenten und mit der Öffentlichkeit befinden.

**Die Bank zum Erfolg. Erfolg ist nicht nur Geld. Menschliche Werte sind für uns Maßstab des Handelns. Damit wollen wir mit unseren Kunden und für unsere Kunden den Weg zum Erfolg gehen. CA, die Bank zum Erfolg.**



**CREDITANSTALT**

**Wir müssen uns Energiefragen stellen.**

**W I R L E B E N I M**  
**Verbund**

Verbundgesellschaft, 1010 Wien, Am Hof 6a  
Abteilung Presse und Information  
Telephon 0222/53113

## **Das ÖVP-Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft**

*So hat es begonnen: Auf einem Wirtschaftskongreß in Linz stellt die Volkspartei im Juni 1988 ihr neu gefaßtes wirtschaftspolitisches Programm vor. Seinen Kern bildet die „Jahrhundertidee“, die klassisch gewordene Soziale Marktwirtschaft mit der derzeit vielleicht wichtigsten Aufgabe zu verbinden: Zu ihren zwei bisherigen Zielen, dem wirtschaftlichen Fortschritt und der sozialen Absicherung, treten gleichrangig die Schonung der Natur und die Sicherung der Lebensgrundlagen hinzu. Diese neue Ökosoziale Marktwirtschaft der ÖVP bedeutet qualitatives Wachstum, bedeutet Wohlstand und bedeutet Lebensqualität.*

### **Vorwort**

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zu den Grundsätzen der Ökosozialen Marktwirtschaft als logischer Fortentwicklung unseres marktwirtschaftlichen Systems.

Die Väter der klassisch liberalen Marktwirtschaft haben mit ihrem Wirtschaftsmodell der westlichen Welt das Tor zur industriellen Entwicklung geöffnet.

Das Modell der Sozialen Marktwirtschaft hat nach den bitteren Erfahrungen der Zwischenkriegszeit dafür Sorge ge-

tragen, daß der wirtschaftliche Fortschritt auch in einen sozialen Fortschritt umgemünzt wurde. Erst die Soziale Marktwirtschaft hat der klassischen Marktwirtschaft die soziale Dimension gegeben und das Marktwirtschaftssystem mit den sozialen Leitbildern der Gesellschaft versöhnt.

Heute steht die Wirtschaftspolitik vor neuen Fragen, bei denen es nicht nur um die materielle Versorgung, sondern vor allem auch um die sinnvolle und lebensgemäße Gestaltung der gesellschaftlichen und natürlichen Umwelt geht.

Wir sind überzeugt, daß unser Modell

einer Ökosozialen Marktwirtschaft als einziges Wirtschaftssystem geeignet ist,

- durch seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unser Sozialsystem abzusichern und den modernen Umweltschutz zu finanzieren sowie

- durch seine Anpassungsfähigkeit die neuen technologischen Möglichkeiten ebenso zu nutzen wie die Herausforderungen des neuen großen Markts, dem Österreich angehören soll.

### Gesamtziel Lebensqualität

Das Ziel einer sauberen, gesunden Umwelt und das Ziel eines sicheren, sozialen Netzes dienen in gleicher Weise dem Gesamtziel einer Verbesserung unserer Lebensqualität, die wir in dieser neuen Phase einer Ökosozialen Marktwirtschaft erreichen wollen.

Die internationale Erfahrung zeigt eines ganz klar:

- Wo sich ein dynamisches Wirtschaftssystem der modernsten Technologien bedient, sind auch große umweltpolitische Erfolge möglich; dort können neue Marktchancen geschaffen und genützt werden; dort können neue Produkte und neue Arbeitsplätze geboten werden; dort können das System der sozialen Sicherheit und der Wohlstand für die Bevölkerung gesichert werden.

### Kein ökologischer Pessimismus

- Dort, wo diese modernsten Technologien nicht zur Verfügung stehen; dort, wo planwirtschaftlicher Bürokratismus herrscht, wird die Freiheit der Menschen unterdrückt; dort sind die Chancen für den einzelnen beschränkt; dort funktioniert das soziale System nicht und dort wird auch die Umwelt am stärksten ausgebeutet.

Dieses Bekenntnis zur Ökosozialen

Marktwirtschaft bedeutet aber auch eine klare Absage an alle, für die soziale und ökologische Anliegen nur Vorwand sind, um unser demokratisches System und unsere freie Wirtschaftsordnung in Mißkredit zu bringen.

Die Erkenntnis, daß ökologischer Pessimismus, daß Wirtschaftsskepsis, Dämonisierung des technischen Fortschritts und Diffamierung der Industriegesellschaft keinen Beitrag zur Lösung der anstehenden Probleme leisten können, ist ein fester Bestandteil unserer wirtschaftspolitischen Grundsätze und erhält auch wachsende Zustimmung.

### Die Eigenkräfte mobilisieren

Wir wollen die Selbstverantwortung und den Erfindungsreichtum der in Österreich tätigen Unternehmer und Wissenschaftler, der Produzenten und Konsumenten, der Selbständigen und der Arbeitnehmer für die Lösung der Probleme mobilisieren. Dabei gilt es,

- die Chance der heutigen technologischen Revolution für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, für einen modernen und qualitativen Umweltschutz, für mehr Freiheit und Flexibilität in der Arbeitswelt zu nutzen;

- die Chance des großen europäischen Markts für den Aufbau neuer Produktionen, aber auch für eine neue geistige und kulturelle Öffnung unseres Landes zu erschließen und

- die Chancen, die im Leistungswillen und der Erneuerungskraft unserer mittelständigen Wirtschaft liegen, in einer gemeinsamen Anstrengung zu mobilisieren, die uns fit für unsere europäische Zukunft macht.

Ökosoziale Marktwirtschaft heißt qualitatives Wachstum, heißt Wohlstand und Lebensqualität.



Europäische Gemeinschaft: Nach 1992 bleiben die Schranken oben.

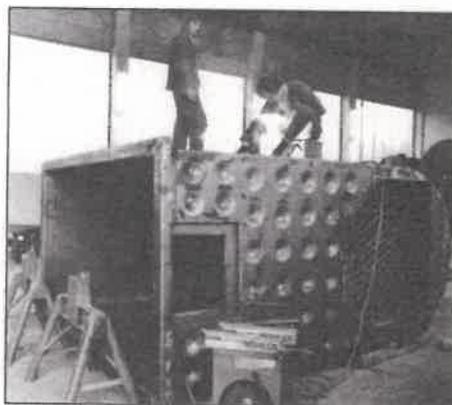
### Wirtschaftsoffensive zur Europareife

Die ÖVP will die volle Teilnahme am gemeinsamen Markt der EG mit mehr als 320 Millionen Einwohnern. Das ist die größte Herausforderung für die Wirtschaft, für die Unternehmer, aber auch für die Wirtschaftspolitik seit dem Ende der Wiederaufbauperiode nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Beseitigung der Hemmnisse für den freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital zwischen den EG-Staaten bringt für Europa neue Chancen. Die ÖVP will diese Möglichkeiten für Österreich im Rahmen der Ökosozialen Marktwirtschaft nutzen.

Der einheitliche Binnenmarkt läßt für Europa eine neue wirtschaftliche Dynamik mit etwa 5 Prozent mehr Wirtschaftsleistung und etwa fünf Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze erwarten. Damit kann die derzeitige Arbeitslosigkeit im EG-Raum um rund ein Drittel gesenkt werden.

Österreich ist enger als alle anderen EFTA-Staaten mit der EG verbunden. 1987 gingen zwei Drittel der österreichischen Warenexporte in den EG-Raum. Die volle und aktive Teilnahme am europäischen Binnenmarkt ist ein zentrales Anliegen der Wirtschaftspolitik der ÖVP, da Österreich andernfalls von der europäischen Wirtschaftsentwicklung ausgegrenzt und abgekoppelt werden



Arbeit für alle: Maßfertigung

würde. Die Teilnahme am Binnenmarkt sichert Österreich Wachstumseffekte und Wohlstandsgewinne, die der große EG-Markt bewirkt.

Weil das für viele Unternehmen langfristig eine Überlebensfrage darstellt, hat sich Österreichs Wirtschaft einschließlich der Agrarwirtschaft trotz der großen damit verbundenen Herausforderungen für einen Beitritt Österreichs zur EG ausgesprochen. Nur gesunde und konkurrenzfähige Unternehmen, die vollen Zugang zu den europäischen Absatzmärkten und Forschungsprogrammen haben, sind Garanten für ein hohes Beschäftigungsniveau.

Strukturanpassungen sind für die österreichische Wirtschaft zur Erhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit innerhalb und außerhalb des EG-Markts unerlässlich. Rationalisierungen und geringere Produktionskosten sind aber unter den Wettbewerbsbedingungen eines großen Markts leichter erzielbar.

Insgesamt können als negative Gesamtauswirkungen eines Nichtbeitritts für Österreich geringeres Wirtschaftswachstum, geringere Investitionstätig-

keit sowie Einkommens- und Beschäftigungsverluste vorausgesagt werden.

Die Bundesregierung hat auf Drängen der ÖVP die volle Teilnahme Österreichs am künftigen europäischen Binnenmarkt zu einem zentralen Punkt des Regierungsprogramms gemacht. Inzwischen ist – nicht zuletzt durch unmißverständliche Klarstellungen von Seiten hoher EG-Vertreter – offenkundig geworden, daß die volle Teilnahme unseres Landes am europäischen Binnenmarkt nur durch eine Mitgliedschaft erreichbar ist. Die ÖVP tritt dafür ein, bereits 1989 den Antrag auf Mitgliedschaft an die Europäische Gemeinschaft – unter Wahrung der immerwährenden Neutralität Österreichs – zu richten.

### Arbeit für alle

Vollbeschäftigung ist für die ÖVP ein zentrales Ziel ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik. Arbeit bedeutet nicht nur Einkommenserwerb, sondern auch Selbstverwirklichung und Lebenssinn. Das natürliche Recht jedes Menschen auf Arbeit verpflichtet gerade in einer Periode wirtschaftlicher Schwierigkeiten zu besonderen Anstrengungen. Nicht nur entlohnte Arbeit ist dabei auch wertvolle Arbeit. Dienste in der Gemeinschaft, die Arbeit in der Familie, Nachbarschaftshilfe, kommunales Engagement, private Pflege und Mitwirkung in Selbsthilfegruppen sind immer wichtiger werdende Beiträge zur Verbesserung der Lebensqualität.

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen müssen sich darauf konzentrieren, die vielfältigen Ursachen von Arbeitslosigkeit zu beseitigen und negative Folgen für derzeit Arbeitslose so weit wie möglich zu vermeiden.

Neue, zukunftssichere Arbeitsplätze

können nur in einer wettbewerbsorientierten, konkurrenzfähigen Wirtschaft entstehen. Österreich erbringt 41 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Export. Fast jeder zweite Arbeitsplatz hängt also von unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit ab. Der tiefgreifende Wandel im Produktions-, Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich und die veränderten Wirtschaftsstrukturen stellen hohe Anforderungen an die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft, aber auch der Arbeitnehmer. Als kleines Land kann sich Österreich gegenüber dieser Entwicklung nicht abkapseln, wollen wir nicht schwere wirtschaftliche und soziale Rückschläge in der Zukunft hinnehmen. Wir müssen die Chancen nutzen, die im Strukturwandel liegen, um unser Wirtschaftssystem möglichst rasch in Richtung einer ökosozialen Marktwirtschaft weiterzuentwickeln, die bei geringerem Einsatz materieller Produktionsfaktoren höhere Lebensqualität und Wohlfahrt ermöglicht.

Die ÖVP orientiert sich daher in ihrer zukünftigen Beschäftigungspolitik an folgenden Grundsätzen:

- Der rasche technische Wandel, aber auch die zunehmende Individualisierung der Wertvorstellungen und Lebensstile erfordern vielfältigere und flexiblere Lösungen. Ohne Wegfall von Regelungen, die dem Schutz- und Sicherheitsbedürfnis der Arbeitnehmer Rechnung tragen, muß eine weitgehende Flexibilisierung bei der Arbeitszeitgestaltung verwirklicht werden. Die Möglichkeiten für Teilzeitarbeit müssen ausgeweitet werden.

### Pension: gleitender Übergang

- Eine gesetzlich verordnete generelle Arbeitszeitverkürzung für alle – ohne Rücksichtnahme auf die Lage der verschiedenen Branchen – wird den Bedürfnissen der Arbeitnehmer nicht gerecht. Vielmehr müssen branchenweise Modelle gefunden werden, die sowohl den Bedürfnissen der Beschäftigten als



Arbeit für alle: Hochtechnologische Entwicklungen und Produktionen.

auch den Produktionserfordernissen der Betriebe entgegenkommen und damit beiden Seiten Vorteile bringen.

- Ein gleitender Übergang in die Pension belebt den Arbeitsmarkt.
- Zusätzliche Beschäftigungschancen ergeben sich aus der immer stärker wachsenden Nachfrage nach personenbezogenen Dienstleistungen. Unterrichts-, Gesundheits- und soziale Dienste weisen dabei hohe Zuwachsraten auf. Allerdings sind im Bereich der öffentlichen Hand einer Expansion enge finanzielle Grenzen gesetzt. Dieses große Potential an zusätzlichen Arbeitsplätzen muß verstärkt über private Initiativen und neue Formen der Selbstorganisation genutzt werden, was auch entsprechende Privatisierungen und Deregulierungsmaßnahmen von staatlicher Seite erfordert.

### **Bessere Qualifikation**

- Qualifikationsdefizite und Fehlqualifikationen sind besonders schwerwiegende Hindernisse beim Abbau von Arbeitslosigkeit. Der Anteil unqualifizierter Arbeitskräfte unter den Erwerbstätigen ist in Österreich deutlich höher als etwa in der Bundesrepublik Deutschland. Während die Zahl der Langzeitarbeitslosen mit Qualifikationsproblemen drastisch ansteigt, wird ein zunehmender Mangel an Fachkräften in verschiedenen Wirtschaftsbereichen sichtbar. Eine verbesserte Qualifikationspolitik wird daher immer mehr zum entscheidenden Schlüssel für die Wirtschaftsentwicklung und die Verbesserung der Beschäftigungssituation. Deshalb sind rasch weitreichende Konsequenzen in der Bildungspolitik, insbesondere für die betriebliche und überbetriebliche Aus- und Weiterbildung erforderlich.

- Die Möglichkeit, Urlaub über einen längeren Zeitraum anzusparen und ihn dann für zusätzliche Weiterbildungsaktivitäten zu nutzen, sollte eröffnet werden.
- Das Forschungs- und Ausbildungspotential von Schulen, Universitäten und Forschungsinstituten muß künftig besser auf die Notwendigkeiten der Wirtschaft und auf zu schließende Qualifikationslücken abgestimmt werden.

### **Vorsprung durch Forschung**

In der Dynamik der weltwirtschaftlichen Entwicklung verlangt die notwendige Modernisierung der österreichischen Wirtschaft einen nationalen Vorrang für Forschung und Technologie.

Österreich braucht eine Politik für ein positives Forschungsklima. Dafür sind auch mehr private und öffentliche Mittel erforderlich. Bis 1990 sollen als erster Schritt mindestens 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden.

Die Europäische Gemeinschaft besitzt heute mit ihrer Dynamik wirtschaftlicher Integration ein wirtschaftliches und geistiges Potential, an das sich Österreich auch im Technologiebereich annähern muß, um wirtschaftlich erfolgreich zu bleiben.

Die ÖVP orientiert sich daher in ihrer zukünftigen Forschungs- und Technologiepolitik an folgenden Grundsätzen:

- Die staatliche Technologiepolitik kann die unternehmerische Initiative nicht ersetzen, sondern nur durch geeignete Rahmenbedingungen erleichtern. Um dies zu erreichen, ist eine Forschungs- und Technologieoffensive notwendig.
- Erforderlich ist eine Anpassung des österreichischen Bildungssystems an die neuen technologischen Entwicklungen,



*Statt herkömmlicher Förderung eine Technologie- und Forschungsinitiative.*

insbesondere eine Verbesserung des Ausbildungsniveaus sowie der Qualifikations- und Organisationsstruktur in Schulen und Universitäten unter besonderer Berücksichtigung der berufsbezüglichen Weiterbildung.

● Notwendig ist eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

● Die Volkspartei will die innovatorische Kapazität der Wirtschaft mit folgenden Maßnahmen verbessern:

- Die Forschungsprogramme sollen sich mehr an den Bedürfnissen der Unternehmen orientieren.
- Die herkömmliche Wirtschaftsförderung soll auf eine innovationsorientierte Technologieförderung konzentriert werden.
- Wir wollen mehr Wettbewerb –

und die innovationshemmenden Regulierungen abbauen.

- Die Überleitung von Forschungsergebnissen, bzw. von neuen Technologien in neue Produkte und Verfahren ist gezielt zu fördern.
- Der österreichische Kapitalmarkt muß zusätzliche, maßgeschneiderte Finanzierungsformen für innovative Unternehmen bereitstellen.

### **Sichere Arbeitsplätze durch bessere Ausbildung**

Der rasche Wandel der Gesellschaft erfordert eine ständige Anpassung der persönlichen Qualifikation. Das größte Kapital ist ein hoher Ausbildungsstand der Bevölkerung. Bildung und Qualifikation helfen mit, Österreich europareif zu machen. Gleichzeitig ist auch die Be-

reitschaft zur permanenten Weiterbildung des einzelnen erforderlich.

Die ÖVP orientiert sich daher in ihrer zukünftigen Bildungspolitik an folgenden Grundsätzen:

- Ein modernes Bildungswesen ist die beste „vorbeugende Therapie“, um die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben und die Beschäftigung des einzelnen zu sichern. Die Verbesserung der Qualität auf allen Bildungsebenen muß daher im Vordergrund stehen.

- Eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen, der Arbeitsmarktverwaltung und den Bildungsinstitutionen ist erforderlich, um eine rechtzeitige Angleichung von Qualifikationserfordernissen und Qualifikationsangeboten vorzunehmen und Abweichungen frühzeitig zu erkennen.

- Dies bedingt eine intensivere Qualifikations- und Arbeitsmarktinformation.

- Die Dynamik des Qualifikationswandels wird dazu führen, daß vorberufliche Bildungseinrichtungen in erhöhtem Ausmaß durch permanente Weiterbildung ergänzt werden müssen.

### **Mehr Fremdsprachen lernen**

- Besondere Beachtung ist der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Absolventen (zum Beispiel durch verbesserte Fremdsprachenkenntnisse) zu schenken.

- Die Universitäten haben sich verstärkt an internationalen Standards zu orientieren; Studenten und Lehrer brauchen mehr internationale Erfahrungen sowie eine verstärkte Berufs- und Praxisorientierung.

- Langzeitarbeitslose sollen in Zusammenarbeit von Arbeitsmarktverwaltung, Bildungsinstitutionen und Unternehmen umgeschult werden. Der

Schwerpunkt ist dabei auf eine praxisorientierte Hilfestellung und eine möglichst rasche Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß zu legen.

### **Weniger Steuern – damit sich Leistung wieder lohnt**

Ziel der ÖVP ist es, die Wirtschaft durch Steuersenkungen und ein durchschaubares Steuersystem zu beleben. Die massiven wirtschaftsbelebenden Effekte nach der Senkung der Luxus- und Grunderwerbsteuer sowie der Einheitswerte im land- und forstwirtschaftlichen Bereich bestätigen diesen neuen Weg der ÖVP.

Bisheriger Höhepunkt dieser Entwicklung ist die große Steuerreform 1989, wodurch nicht nur 90 Prozent aller Steuerzahler schon ab 1. Jänner 1989 weniger Lohn- und Einkommensteuer zahlen, sondern auch eine Reihe weiterer ÖVP-Zielsetzungen verwirklicht wird: Die Familien werden entlastet, insbesondere die einkommensschwachen Mehrkinderfamilien. Die arbeitsplatzintensiven Klein- und Mittelbetriebe werden nicht nur durch die Reduktion des Einkommensteuer-, sondern auch des Gewerbesteuer tarifs entlastet. Mit einem international attraktiven neuen Körperschaftsteuerrecht wird die Position Österreichs auch als Industriestandort wieder gestärkt und unser Land auf einen EG-Beitritt vorbereitet.

Die ÖVP orientiert sich daher in ihrer zukünftigen Steuerpolitik an folgender Grundsätzen:

- Die ÖVP wird den eingeschlagenen Weg wirtschaftsbelebender Steuersenkungen statt wachstumshemmender Steuererhöhungen konsequent fortsetzen. Gleichzeitig ist das Steuersystem transparenter, einfacher, für den einzel-

nen verständlicher und damit auch gerechter zu machen. Der bereits vereinbarten zweiten Etappe der großen Steuerreform kommt mit der vorgesehenen allgemeinen Veranlagung für alle (auch die unselbständigen) Steuerzahler dabei besondere Bedeutung zu.

- Die ÖVP tritt für eine generelle Stärkung der privaten Kaufkraft durch weitere Steuersenkungsmaßnahmen ein, wovon ein zusätzlicher wirtschaftsbelebender Effekt ausgehen wird.

- Die Budgetsanierung ist konsequent fortzuführen, um jenen Spielraum zu schaffen, den Österreich für die EG-Reife braucht. Dies gilt insbesondere für notwendige Absenkungen im Bereich

der Umsatzsteuer, Gewerbesteuer und Getränkebesteuerung.

Je mehr der direkte und indirekte Einfluß des Staats auf das gesellschaftliche und wirtschaftliche Geschehen wächst, desto mehr werden individuelle Freiräume eingegrenzt, Mobilitätsbarrieren aufgebaut und wachstumsintensiver Strukturwandel behindert. Die staatswirtschaftliche Bürokratie soll zugunsten von mehr Phantasie und Freiheit durch Privatisierung reduziert werden.

Die Beschäftigten in der Verstaatlichten Industrie und der österreichische Steuerzahler sind Opfer einer falschen strukturkonservierenden Beschäftigungspolitik. Heute ist klar, daß der

## **DIE OKA HAT NUN DIE SONNE ANGEZAPFT**

Energiesparen einerseits sowie die Erprobung und Erforschung neuer Techniken werden seit jeher in der OKA großgeschrieben. So ist es wohl auch nicht verwunderlich, daß den OKA-Technikern Sonnenstrom nicht mehr neu ist. Nachdem bereits vor drei Jahren für die Stromversorgung des Hochleckenhauses (Gemeinde Steinbach/Attersee) eine photovoltaische Anlage errichtet wurde, die seither das Schutzhaus mit Sonnenstrom versorgt, und im Vorjahr in Gmunden zu Forschungszwecken das erste Sonnenkraftwerk Österreichs in Betrieb genommen wurde, das Strom ins Netz liefert, ging man nun einen Schritt weiter: Mit der Verbundgesellschaft errichtete die OKA am Loser (Gemeinde Altausee) das größte Sonnenkraftwerk in den Alpen. Anfang Jänner wurde der Probetrieb aufgenommen.

Das Kraftwerk wird jährlich 37.000 Kilowattstunden Strom erzeugen und erforderliche Kosten von sechs Millionen Schilling, die zu gleichen Teilen von der Verbundgesellschaft und der OKA getragen wurden. Auch, wenn die Sonne nichts kostet, Sonnenstrom ist vorläufig im wahrsten Sinn des Wortes kostbar: Die Kilowattstunde kommt auf zehn Schilling.

**OKA**  
Energie für Oberösterreich

Staat als Unternehmer versagt hat: Obwohl die Budgets der Jahre 1987 bis 2012 dadurch bereits mit mehr als 100 Milliarden Schilling belastet sind, gingen bereits mehr als 30.000 Arbeitsplätze verloren.

### Mehr privat - weniger Staat

Die ÖVP orientiert sich daher in ihrer zukünftigen Privatisierungs- und Verstaatlichungspolitik an folgenden Grundsätzen:

- Industriebetriebe, Dienstleistungen und Aufgaben, die nicht notwendigerweise vom öffentlichen Sektor betrieben werden müssen, sollen dem eigentlichen Souverän – dem österreichischen Volk – zurückgegeben werden.
- Die ÖVP fordert, daß diejenigen den Beweis für die Qualität und Wirtschaftlichkeit des staatlichen Güter- und Leistungsangebots erbringen müssen, die die staatlichen Aktivitäten aufrechterhalten wollen. Derzeit muß der Nachweis für die Sinnhaftigkeit einer Verlagerung von öffentlichen Aktivitäten in den privaten Wettbewerb noch von denjenigen erbracht werden, die privatisieren wollen. Also: Umkehren der Beweislast!
- Privatisierung muß die Leistungsqualität sichern und negative soziale Auswirkungen verhindern. Innerhalb dieses Rahmens darf es keine Grenze geben, bis zu der privatisiert wird. Der Verkauf von Staatsanteilen muß die 49 Prozent-Grenze mittelfristig überschreiten.
- Staatliche Monopole müssen zugunsten von mehr Wettbewerb aufgebrochen werden.
- Privatisierung bedeutet die Chance zur Mitarbeiterbeteiligung und damit zu mehr Information und Einfluß der Mitarbeiter.
- Mit den Privatisierungsprojekten der

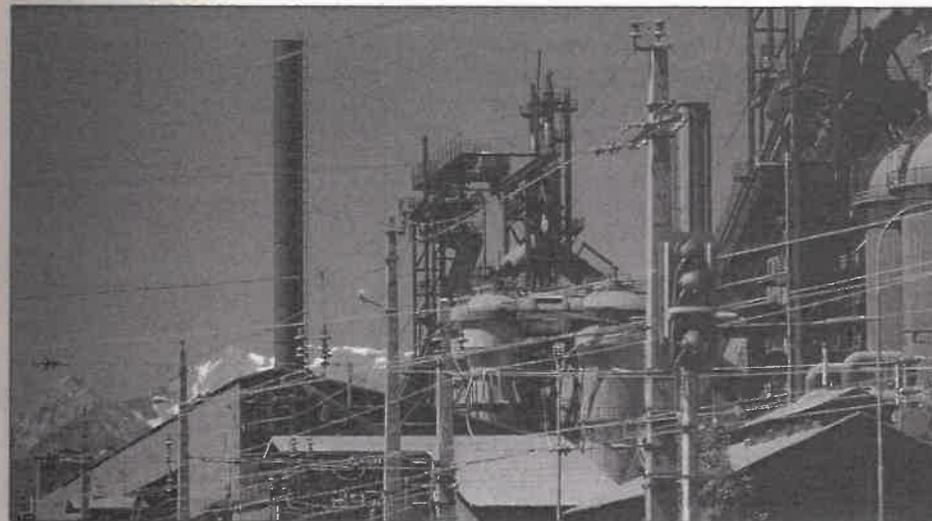
Bundesregierung vom April 1987 ist das Privatisierungspotential in Österreich keineswegs erschöpft.

Zur Diskussion stehen daher unter anderem:

- 25 % der österreichischen Industrie, die sich noch im Eigentum der öffentlichen Hand befinden;
- weitergehende Privatisierungen im Bereich der Elektrizitätswirtschaft;
- rund 300.000 Wohnungen des Bundes, der Länder und Gemeinden;
- 850.000 Hektar öffentlicher Grundbesitz;
- Eigenregieleistungen des Bundes, deren Umfang 16 Milliarden Schilling pro Jahr beträgt (Wartungsarbeiten, Straßenerhaltung, ÖBB-Werkstätten, Reinigungspersonal usw.);
- Aufgaben, die der Hoheitsverwaltung unterliegen: Unter der Kontrolle des Bundes könnten beispielsweise die Organisation einer Weltausstellung ebenso wie die Führung von Bundesmuseen und Tiergärten an private Betriebsgesellschaften übertragen werden.
- Wo eine Privatisierung von Bundesbetrieben nicht möglich oder sinnvoll erscheint, ist zumindest eine Ausgliederung aus der Hoheitsverwaltung anzustreben (zum Beispiel im Bereich der ÖBB).

### Förderung gegen Härten

- Wo die Neustrukturierung der Verstaatlichten Industrie ungerechtfertigte persönliche Härten mit sich bringt, bekennt sich die ÖVP zur Notwendigkeit flankierender Maßnahmen. Dies kann insbesondere durch aktive Förderung moderner und zukunftsorientierter Betriebe in den Problemregionen (zum



Privatisierung: Der Staat besitzt noch immer 25 Prozent der Industrie.

Beispiel in der Form von Industrieparks und Gewerbehöfen) geschehen.

- Die Schaffung dezentraler Strukturen bedingt deren rechtliche Verselbständigung und damit die volle Verantwortung der jeweiligen Führungskräfte für die Ergebnisse. Ein sinnvoller Zusammenschluß einzelner Unternehmen (etwa für Marketing-, Einkaufs- oder Finanzierungszwecke) kann nur aus der Bedarfslage der rechtlich selbständigen Unternehmen von diesen selbst abgeleitet werden und ist daher gegebenenfalls auch von diesen selbst anzustreben. Den Betrieben vom Verstaatlichtenminister aufgezwungene Holdinglösungen lehnt die ÖVP ab.

### Im Budget Spielraum für die Zukunft schaffen

Ziel der Budgetpolitik ist es, Spielraum für eine Wirtschaftsoffensive zurückzugewinnen und dauerhaft zu sichern. Das erfordert langfristige Kon-

zepte für die großen Problembereiche, wie beispielsweise die ÖBB, die Sozialversicherung und die Verstaatlichte Industrie.

Soll das Arbeitsübereinkommen erfüllt werden, bedeuten Erstellung und Vollzug des Budgets 1989 eine große Herausforderung. Durch die Kombination von Budgetsanierung und Ausfällen durch die Steuerreform ist es schwierig, das geplante Nettodefizit von 65 Milliarden Schilling zu erreichen. Die ÖVP sieht darin aber auch eine Chance, langfristige Weichenstellungen vorzunehmen.

Die ÖVP orientiert sich daher in ihrer zukünftigen Budgetpolitik an folgenden Grundsätzen:

- Wie im Koalitionsübereinkommen vorgesehen, soll das Nettodefizit des österreichischen Bundeshaushalts bis 1992 auf 2,5 % des Bruttoinlandsprodukts reduziert werden. Langfristig muß jedoch durch eine verantwortungsvolle

Budgetpolitik zusätzlicher Spielraum für zukunftsorientierte Investitionen geschaffen werden. Ein weiteres Ausufern der für die Bedienung der Finanzschuld erforderlichen Steuermittel muß verhindert werden.

● Im kostenintensiven Bereich der Sozialversicherung sind Reformmaßnahmen besonders dringend. Ziel einer umfassenden Pensionsreform ist die dauerhafte Sicherung des Pensionssystems. Dabei ist auf die zukünftigen demographischen Entwicklungen Bedacht zu nehmen.

### Weniger Zuschuß für die ÖBB

● Die Wirksamkeit der für die Arbeitsmarktpolitik eingesetzten Mittel muß erhöht werden. Generell sind alle Maßnahmen, die Arbeit verbieten, statt Arbeit zu schaffen, abzulehnen. Im Bereich der Arbeitslosenversicherung soll der Anreiz zur Annahme angebotener offener Stellen erhöht werden.

● Die ÖBB muß in einem mittelfristigen Zeitraum die Rentabilitäts- und Leistungskennzahlen der besten europäischen Bahnen erreichen, was eine fühlbare Absenkung des Bundeszuschusses mit sich bringen wird.

● Ein modernes Verwaltungsmanagement soll die Dienstleistungen der öffentlichen Hand auch bei sinkendem Personalstand sichern.

● Gleichzeitig sollen die Dienst- und Sachleistungen der öffentlichen Hand darauf überprüft werden, inwieweit sie privaten Leistungsträgern angeboten werden können.

● Nach dem Grundsatz, daß „nichts wert ist, was nichts kostet“, ist die kostenlose bzw. sozial gestützte Bereitstellung öffentlicher Güter auf jene Bevölkerungsgruppen zu beschränken, denen



ÖBB: Weichenstellung überfällig.

marktgerechte Tarife nicht zugemutet werden können.

Umweltschutzinvestitionen sichern Arbeitsplätze. Auch deshalb ist die Umweltpolitik ein wesentlicher Bestandteil der Wirtschaftspolitik.

### Umweltbewußt wirtschaften

Im Rahmen der Ökosozialen Marktwirtschaft tritt die ÖVP für eine Umweltpolitik ein, die Wirtschaft und Forschung in die Problemlösung einbindet.

Das heißt, daß die Volkspartei in der Wirtschaftspolitik dem Prinzip der ökologischen Verantwortlichkeit zum Durchbruch verhelfen will.

Die ÖVP orientiert sich daher in ihrer zukünftigen Umweltpolitik an folgenden Grundsätzen:

## Die Bürger zu Partnern machen

Mit diesen fünf Maßnahmen will Vizekanzler Josef Riegler das neue ÖVP-Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft zügig umsetzen:

- Eine „Ökosoziale Plattform“, der maßgebliche Vertreter der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Ökologie angehören, soll die Spannungsfelder zwischen Wirtschaft und Umweltschutz ausleuchten.
- Zur Vertiefung des neuen ÖVP Konzepts „Ökosoziale Marktwirtschaft“ ist ein Forschungsauftrag ergangen; die Koordinierung seiner Arbeit hat der Stellvertretende Generalsekretär des Wirtschaftsbundes, Johannes Ditz, übernommen. Das Ergebnis wird Ende des Jahres vorliegen.
- Mit Hilfe eines neuen Modells erhalten die Bürger in den von ÖVP-Ministern geführten Ressorts die Möglichkeit, sich an der Begutachtung von Gesetzentwürfen zu beteiligen, die Umweltfragen berühren. Damit macht die ÖVP in der Umweltpolitik alle Interessierten zu Partnern der Regierung. Die dabei gewonnenen Erfahrungen könnten dann generell zu einem erweiterten Begutachtungsverfahren vor der Verabschiedung von Gesetzen führen.
- Die Sozialpartner werden eingeladen, die Fragen der Umweltpolitik in die Arbeit des Wirtschafts- und Sozialbeirats einzubeziehen oder einen eigenen Umweltbeirat einzusetzen.
- Auf Bundesebene sollte ein Umweltschlichter installiert werden, wie es ihn bereits in einzelnen Bundesländern gibt. Hier wäre noch zu klären, ob das eine Einzelperson oder ein Kollegialorgan sein soll.

● Zur Bewältigung der Umweltprobleme schlagen wir im Rahmen der Ökosozialen Marktwirtschaft drei Phasen vor:

- eine Reparaturphase, die in erster Linie der Beseitigung von bestehenden Umweltschäden dient;
- eine Präventivphase, in der die vom Konsumenten gewünschten Güter möglichst ohne Umweltbelastung und mit möglichst geringem Rohstoffverbrauch verfügbar sind;
- eine Phase des ökologischen Wirtschaftens, in der sich der Umweltschutz nach den Gesetzen und mit allen Chancen der Marktwirtschaft finanziert.

● In der Umweltpolitik orientiert sich die ÖVP an dem Grundsatz „vorbeugen ist besser als heilen“.

- Neue, umweltverträgliche Produktionsweisen sollen Rohstoffe und Energie besser nützen und die Wiederverwertung ermöglichen.
- Für Abfallvermeidung, Abfallverwertung und umweltgerechte Endbehandlung nicht verwertbarer Stoffe ist Vorsorge zu treffen.
- Für umweltbelastende Produkte soll ein wirksames Pfandsystem eingeführt werden.
- Die Energiewirtschaft muß ihre Kunden über effizientere Energienutzung

und Energiesparmöglichkeiten offensiv beraten.

- Die Nutzung der erneuerbaren heimischen Biomasse und anderer Alternativenergien ist zu verstärken.

- Umweltgerechte Produkte dürfen nicht teurer sein als vergleichbare umweltbelastende Waren.

- Grenzwerte für umweltschädigende Emissionen müssen auf das Niveau international vorbildlicher Richtlinien abgesenkt werden.

- Im Bereich des Umweltschutzes hat die öffentliche Hand eine Vorreiterrolle. Daher ist es notwendig, die öffentliche Beschaffungspolitik umweltfreundlich zu gestalten.

- Die Förderungsinstrumentarien für den Umweltschutz sind weiter auszubauen und strenge umweltgerechte Kriterien anzuwenden. Dies gilt vor allem für die Bereiche der Luft- und Wassereinhaltung und der Abfallwirtschaft, sowie für die Sanierung der Altlasten.

### **Neue Chancen für die Bauern**

Die österreichische Land- und Forstwirtschaft ist eine zentrale Grundlage der Lebensqualität aller Österreicher, sie ist Teil der Identität Österreichs. Aufgabe der Agrarpolitik ist es, den österreichischen Bauernstand zu stärken, damit er weiterhin seine umfassenden Leistungen und unverzichtbaren Funktionen der Gesellschaft zur Verfügung stellen kann. Deshalb ist eine ökonomisch leistungsfähige und ökologisch verantwortliche land- und forstwirtschaftliche Produktion innerhalb sozial ausgewogener Rahmenbedingungen das Ziel der ökosozialen Agrarpolitik.

Die ÖVP orientiert sich daher in ihrer zukünftigen Agrarpolitik an folgenden Grundsätzen:

- Eine wesentliche Zielsetzung der ökosozialen Agrarpolitik ist die Ausgewogenheit von Markt und Ordnung. Eine konkrete Aufgabenstellung liegt daher in der nachfrageorientierten Reform der Produktionsstruktur.

### **Alternative Agrarproduktionen**

- Die langfristige Absicherung von Alternativproduktionen erfordert die Schaffung von entsprechenden Wettbewerbsbedingungen. Mit der vorgesehene Förderung von Ölsaaten und Eiweißfutterpflanzen sowie von Ökologieflächen wurde ein wichtiger Schritt zur notwendigen Produktionsumstellung gesetzt. Um im Getreidebereich die Exportkosten im Interesse von Staatshaushalt und Bauern zu senken, sind weitere massive Schritte zur Realisierung der wirtschaftlich günstigeren Produktionsalternativen erforderlich.

- Neben den großflächigen Produktionsalternativen sind zugleich alle Möglichkeiten im Bereich der Sonder- und Spezialkulturen auszuschöpfen. Dazu gehören Obst- und Gemüsekulturen, Beeren sowie Heil- und Gewürzkräuter; auch der Flachs- und Hopfenkulturen gewinnen wieder an Bedeutung.

### **Energie „anbauen“**

- Durch Fortschritte in Wissenschaft, Forschung und Technik wird es künftig möglich sein, land- und forstwirtschaftliche Produkte als Rohstoffe in der chemischen und pharmazeutischen Industrie sowie in der Holzverarbeitung zu verwerten.

- Die größte Chance für alternative Produktionen liegt im Bereich der Energiegewinnung. Die Pilotprojekte für die Erzeugung von Rapsöl-Diesel und

Äthanol als Treibstoffzusatz sind gezielt zu fördern, um deren Verbreitung zu erreichen. Diese Alternativen können einen wesentlichen Beitrag zur Energieversorgung der Landwirtschaft und zur Verminderung des agrarischen Handelsbilanzdefizits leisten. Ebenso bedeutend ist der zielstrebige Ausbau von Energieholzflächen und ihre wirtschaftliche Verwertung durch Hackschnitzelheizungen. Insgesamt kann mit diesen Alternativen ein Beitrag zur Verminderung von Energieimporten geleistet werden.

- Der Reform der Produktionsstruktur und dem Ausbau der Alternativen muß als nächster Schritt die Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung land- und forstwirtschaftlicher Produkte fol-

gen. Die Rohstoffe Milch, Fleisch und Getreide sollen dort, wo es möglich ist, zu qualitativ noch höherwertigen Produkten veredelt werden. Um die Markt- und Absatzorientierung der agrarischen Produktion zu verbessern, wird eine österreichische Marketinggesellschaft gegründet. Österreichs Chance liegt nicht in der Massenproduktion, sondern in der Produktion von qualitativ hochwertigen Spezialitäten.

- Der alternative Landbau ist durch Umstellungshilfen, Markenschutz und die Förderung der Absatzorganisationen gezielt zu unterstützen.

- Für die Landwirtschaft ist es wichtig, für das unternehmerische Denken und Handeln entsprechende Rahmenbedin-



Förderung der Ölsaaten — ein wichtiger Schritt zu Alternativproduktionen.

gungen zu schaffen. Erst dann können alle Produktions- und Einkommenschancen zur Sicherung der Betriebe und Arbeitsplätze genutzt werden. Die fehlenden Rahmenbedingungen waren die Ursache des explodierenden Außenhandelsdefizits, besonders gegenüber den Europäischen Gemeinschaften. Eine handelspolitische Chancengleichheit ist die Voraussetzung für eine ausgeglichene Handelsbilanz der beteiligten Partner.

### Schonende Landbewirtschaftung

● Neben der erforderlichen Produktionsumstellung stellt eine naturschonende und pflegende Landbewirtschaftung eine weitere wesentliche Zielsetzung der ökosozialen Agrarpolitik dar. Daher soll auch die Produktionsweise, wo sie ökologisch bedenklich ist, korrigiert werden. Bedeutsam ist dabei das System der Bestandsobergrenzen in der Viehwirtschaft, das ausgebaut, und die Flächenbindung der Veredelungsproduktion, die eingeführt werden soll. Zur Entlastung der Böden werden Maßnahmen zur Lockerung der Bewirtschaftungsweise gesetzt und die Anreize für die Mengenproduktion vermindert.

● Die ÖVP bekennt sich zu einer durch Gesetzgebung und Förderung, Ausbildung und Beratung herbeizuführenden Korrektur in Richtung einer umweltbewußteren, nachhaltig boden- und wasserschonenden land- und forstwirtschaftlichen Produktionsweise. Der Bodenrettung und den Waldrettungsmaßnahmen muß in der Zukunft der gebührende Stellenwert eingeräumt werden.

● Für den bäuerlichen Familienbetrieb sind als Bestandteil der Ökosozialen Marktwirtschaft tragfähige soziale Rahmenbedingungen zu schaffen.

Auf die Abgeltung von Wirtschafterschwernissen und auf Transferzahlungen für die überwirtschaftlichen Leistungen – Erhaltung der Besiedelung und Infrastruktur, vorbeugender Katastrophenschutz – kann nicht verzichtet werden; diese sind vielmehr auszubauen.

### Für den Nebenerwerb sorgen

● Durch einen Berghöfekataster werden Wirtschafterschwernisse gerecht erfaßt, durch ein Bergbauernförderungsgesetz werden staatliche Leistungen für die Bergbauernfamilien abgesichert. Durch gezielte Maßnahmen sind auch die Grenzregionen zu fördern.

● Rund zwei Drittel der österreichischen Bauernfamilien verdienen ihr Familieneinkommen überwiegend außerhalb der Landwirtschaft im Nebener-

Call The Printer



0222/97 16 10



Vielversprechende neue Chancen: Bauernmärkte sind immer stärker gefragt.

werb. Auf neue Erwerbskombinationen mit unselbständiger und selbständiger Tätigkeit ist also in Zukunft besonders Bedacht zu nehmen.

● Zur Erleichterung der Bewirtschaftung des Hofes und zur Hebung der Lebensqualität, vor allem der meist überlasteten Bäuerinnen, wird die überbetriebliche Zusammenarbeit verstärkt gefördert. Die Wirtschaftspolitik und die Privatisierung kommunaler Dienstleistungen sollen den Bauern zusätzliche Nebenerwerbsmöglichkeiten erschließen.

● Der bäuerliche Familienbetrieb ist das Fundament der österreichischen Landwirtschaft und das Leitbild der ökosozialen Agrarpolitik. Eigenverantwortung, Selbständigkeit und Anpassungsvermögen sowie Heimatverbundenheit sind die Kennzeichen dieser Familienbetrie-

be und der bäuerlichen Wirtschafts- und Lebensweise. Der bäuerliche Familienbetrieb sichert am besten die umfassende Funktion unserer Land- und Forstwirtschaft und ist daher verstärkt abzusichern und zu fördern.

### Neue Wege in der Regionalpolitik

Österreich droht ein wirtschaftliches und demographisches Auseinanderbrechen. Nicht nur, daß die österreichische Bevölkerung insgesamt schrumpfen wird, nämlich auf etwa 6 Millionen im Jahr 2050, – es kommt auch zu einer dramatischen Überalterung. Heute beträgt der Anteil der über Sechzigjährigen 1,5 Millionen, bereits im Jahr 2030 werden es 2,3 Millionen sein.

Diese allgemeine Entwicklung ver-

# Weil es sich auszahlt, wenn man bei der Post einzahlt



schärft sich durch ein Verschieben innerhalb Österreichs, wonach im Burgenland bis zum Jahr 2030 mit einer Einbuße von 25 % seiner Bevölkerung zu rechnen ist, in der Steiermark von 21 %, in Niederösterreich von 11 % und in Wien von 8 %.

Diese demographische Zweiteilung verstärkt sich noch durch ein Einkommensniveau, das im Osten um 10 % niedriger ist als im Westen. Die Wachstumsraten der Wirtschaft liegen im Osten ungefähr einen Prozentpunkt unter jenen des Westens. Aus dieser Darstellung folgt, daß in den nächsten Jahren eine verstärkte Förderung der gesamten Ostregion das Hauptanliegen einer neuen Regionalpolitik sein muß.

Die ÖVP orientiert sich daher in ihrer

zukünftigen Regionalpolitik an folgenden Grundsätzen:

- Durch eine Anpassung des Verkehrskonzepts an den Bedarf der Ostregion sind die für den Osten wichtigen Nahverkehrseinrichtungen verstärkt auszubauen, um einer weiteren wirtschaftlichen Abkoppelung offensiv entgegenzuwirken.

### Stärkung des ländlichen Raums

- Durch eine Stärkung des ländlichen Raums – zum Beispiel durch die Dorferneuerung – wird letztlich eine Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur insgesamt erzielt und auch dadurch ein wesentlicher regionalpolitischer Beitrag geleistet.

- Im Rahmen einer Technologie- und Innovationsoffensive ist unter dem regionalpolitischen Gesichtspunkt insbesondere auf einen höheren Verarbeitungsgrad bei Produkten (Abgehen von der Grundstoffindustrie) sowie auf eine Förderung der Schnittstellen zwischen Landwirtschaft und gewerblichen Investitionen hinzuwirken.

### Einfache und weniger Gesetze

- Die ÖVP wird ihre Bemühungen um Flexibilisierung verstärken, um Unternehmensgründungen zu erleichtern und höhere Berufsmobilität zu erreichen, womit die Schaffung von Arbeitsplätzen auch in Krisenregionen verstärkt ermöglicht wird. Der Vereinfachung von Gesetzen und dem Bemühen um Deregulierung kommen dabei besondere Bedeutung zu.

- Durch eine verstärkte Internationalisierung müssen einerseits für österreichi-

sche Unternehmen neue Marktsegmente im Ausland erschlossen und abgesichert werden; andererseits ist die Gründung von Tochterfirmen ausländischer Unternehmen in Österreich verstärkt zu fördern. Einem EG-Beitritt Österreichs kommt daher auch unter dem Gesichtspunkt einer offensiven Regionalpolitik besondere Bedeutung zu.

- Internationale Joint-Ventures sind ein geeignetes regionalpolitisches Instrument, um überstaatliche Zusammenarbeit zu fördern und gleichzeitig die Niederlassungsdichte in Ostösterreich zu erhöhen.

### Fremdenverkehr im Aufwind

Internationale Studien sagen voraus, daß schon in wenigen Jahren der Tourismus weltweit zum Wirtschaftszweig Nummer eins aufsteigt. Mit über zehn Prozent der Wertschöpfung liegt er dann sogar vor dem Erdölgeschäft und der



Künftig Wirtschaftszweig Nummer eins: der Fremdenverkehr. Unsere Stärke.

Automobilindustrie. In Österreich nimmt der Fremdenverkehr schon heute eine führende Rolle ein, schafft Arbeitsplätze, sichert Einkommen und hilft wesentlich, das außenwirtschaftliche Gleichgewicht abzusichern. Die führende Position des österreichischen Fremdenverkehrs gilt es nun, gegen immer stärker werdende ausländische Konkurrenz zu verteidigen.

Um eine positive Entwicklung der Fremdenverkehrswirtschaft auch in Zukunft zu gewährleisten, müssen Schwerpunkte auf verschiedensten Gebieten der Bundes-, Landes- und Gemeindepolitik gesetzt werden. Im Vordergrund muß aber weiterhin der freie Unternehmer mit Ideen, Wagemut und eigenem Kapital für nötige Umstrukturierungen und Qualitätsverbesserungen stehen.

Die ÖVP orientiert sich daher in ihrer zukünftigen Fremdenverkehrspolitik an folgenden Grundsätzen:

### **Mehr „sanfter“ Tourismus**

- Tourismus kann auf Dauer nur in einer gesunden Umwelt erfolgreich bestehen. Es sind deshalb alle Möglichkeiten auszuschöpfen und zu unterstützen, um das Umweltkapital Österreichs zu erhalten und vor schädlichen Einflüssen zu bewahren. Die Fremdenverkehrswirtschaft muß verstärkt ökologische Verantwortung beweisen und eine drohende Konzentration bzw. Überentwicklung in Problemgebieten stoppen. Gleichzeitig gibt es in Österreich noch Gebiete, die für den internationalen Reiseverkehr durchaus attraktiv sind und besser erschlossen werden können.
- Die Sozialgesetze müssen auf die besonderen Erfordernisse des Fremdenverkehrs Rücksicht nehmen.
- Zur Optimierung des wirtschaftlichen

Erfolgs müssen neben dem expandierenden Städte- und Wintertourismus der Sommerfremdenverkehr neue Impulse erhalten sowie die Vor- und Nachsaisonen ausgebaut werden. Dazu gehört eine weitere Qualitätssteigerung, der Ausbau des sportlichen, kulturellen und des Unterhaltungsangebots sowie ein besseres Marketing.

### **Sozialpolitik mit Verantwortung**

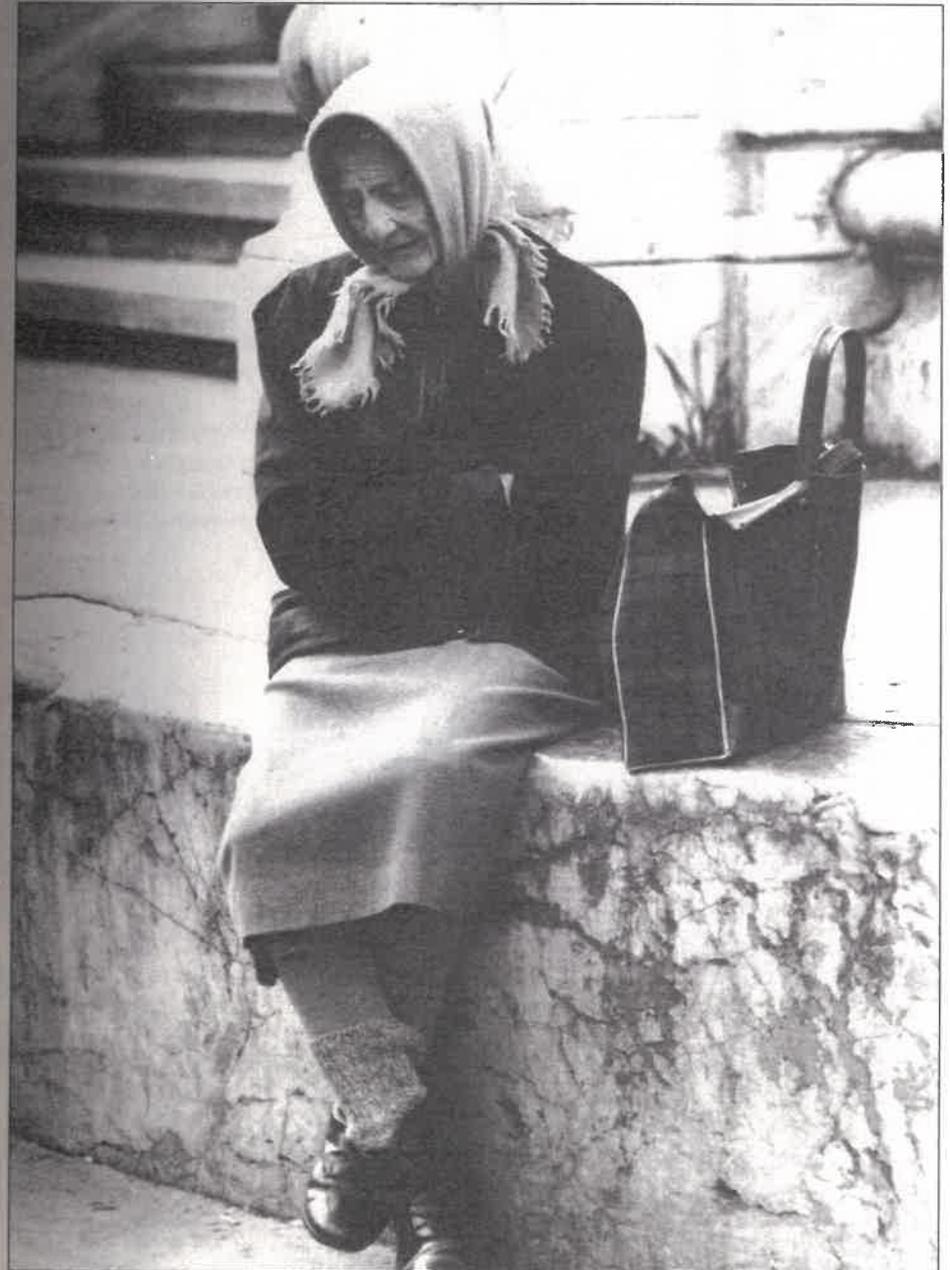
Die ökosoziale Marktwirtschaft bedingt Chancen für alle Leistungsfähigen und Förderungen für sozial Schwache, die auf öffentliche Hilfe angewiesen sind.

Eine faire und ausgewogene Sozialpolitik wird eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre sein: Versäumnisse und ausstehende Reformen aus den letzten 17 Jahren behindern nachhaltig dringend gebotene Anpassungen an veränderte Bedürfnisse.

Im ständigen Anwachsen der für den Bürger zum Teil undurchschaubar gewordenen Sozialbürokratie wurde jahrelang übersehen, daß das gesamte Sozialsystem bereits an den Grenzen der Finanzierbarkeit angelangt war. Es ist daher das dringende Gebot verantwortungsbewußter Politik, Reformschritte in Richtung von mehr Flexibilität und Eigenverantwortung auch in diesem Bereich zu setzen.

Die ÖVP orientiert sich daher in ihrer zukünftigen Sozialpolitik an folgenden Grundsätzen:

- Angesichts der besorgniserregenden demographischen Entwicklung ist das System der Altersvorsorge zu verändern. Es sind neue Wege privater und betrieblicher Vorsorgemodelle zu beschreiten und mehr Wahlmöglichkeiten anzubieten.



Soziale Sorge Nummer eins: ausreichende Absicherung der älteren Mitbürger.

- Ruhensbestimmungen sind abzuschaffen und Möglichkeiten für einen leitenden Übergang in die Pension zu schaffen. Gleichzeitig müssen die Möglichkeiten, in Frühpension zu gehen, eingeschränkt werden.
- Um das System sozialer Fürsorge aufrechterhalten zu können, ist es erforderlich, mißbräuchliche Verwendung einzudämmen. Der gesamte staatliche Umverteilungskomplex ist auf seine Effizienz hin zu prüfen. In diesem Zusammenhang ist auch eine zielgerechte und sparsame Mittelverwendung in der Arbeitsmarktförderung sicherzustellen. Unterstützungen sollten vor allem jungen Arbeitskräften mit langer Arbeitslosigkeit und tatsächlich Langzeit-Arbeitslosen zugute kommen.

- Auch im Bereich des Gesundheitswesens ist vermehrt auf die Möglichkeit eigenverantwortlicher Alternativen Bedacht zu nehmen. 15 bis 20 Prozent der Spitalspatienten befinden sich nicht aus akut medizinischen Gründen im Krankenhaus, sondern aufgrund fehlender Betreuungsmöglichkeiten in der häuslichen Umgebung. Vorsorgemedizin und Hauskrankenpflege sind besser zu organisieren, weil sie das nur noch schwer finanzierbare Spitalswesen entlasten und die Gesundheitsfürsorge humaner gestalten.
- Die Chancen behinderter Menschen im Arbeitsprozeß müssen verstärkt werden. So ist beispielsweise die Beschäftigung bei Gebietskörperschaften zu erleichtern.

**BULL IST ÜBERALL, WO SIE SIND.**

**Bull**  
Computer  
Was Sie liebend beibringt, das bringt Bull Computer



**Alois Mock**

Auf dem ÖVP-Wirtschaftskongreß im Juni 1988 in Linz befaßte sich Dr. Alois Mock als Vizekanzler und Parteiobmann ausführlich mit den Vorstellungen der Volkspartei zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs. Hier seine Ausführungen zur Ökosozialen Marktwirtschaft.

## Wir wollen fit für die Zukunft sein

Eine politische Partei braucht, um gesellschaftspolitisch erfolgreich tätig zu sein, zweierlei: einmal ein klares grundsatzpolitisches Ordnungssystem und dann den Mut, die Kraft und die Ausdauer, ihre Grundsätze in Aktionen umzusetzen. Für die Österreichische Volkspartei gilt das klare Ordnungssystem der Sozialen Marktwirtschaft, wobei zum Begriff „sozial“ nun die Dimension des Umweltschutzes kommt und wir daher in Zukunft von der Ökosozialen Marktwirtschaft sprechen. Denn diese ist nach unserer Überzeugung am besten geeignet, die Probleme der Umweltbelastung zu lösen.

Hier liegt der Unterschied: Je sozialistischer ein Wirtschaftssystem geführt wird, umso weniger ist dieses System in der Lage, Umweltprobleme zu lösen — da brauchen wir nur in den europäischen Osten zu sehen. Und je konsequenter unter der umfassenden sozialen Dimension der Marktwirtschaft auch die Frage des Umweltschutzes verstanden wird, umso konsequenter ist man auch mit den Umweltproblemen fertig geworden.

### Sozialem Handeln verpflichtet

Wir verstehen die Soziale Marktwirtschaft nicht nur als ein ökonomisches Programm, sondern als ein gesellschafts-

politisches Konzept, das eine menschliche Ordnung des Gemeinwesens fördert. Bereits der deutsche Staatsmann Ludwig Erhard – ebenso wie der Österreicher Reinhard Kamitz einer aus der Gründergeneration der Sozialen Marktwirtschaft – sah die moralische Legitimation für eine freie marktwirtschaftliche Ordnung in ihrer Forderung nach sozial verpflichtetem Handeln, das durch staatliche Rahmenbedingungen zu gewährleisten und zu fördern ist.

In einer berühmten Rede hat Kamitz 1948 formuliert: Nicht die freie Marktwirtschaft einer vergangenen Ära des liberalistischen Freibeutertums, auch nicht das freie Spiel der Kräfte, sondern die sozial verpflichtete Marktwirtschaft, die den Wert der Persönlichkeit voranstelle, die aber dann der Leistung auch den verdienten Ertrag zugutekommen lasse, – das sei die Marktwirtschaft unserer Prägung. Gesprochen 1948, heute aktueller denn je.

### **Entscheidungen aus dem Markt**

Den Gründungsvätern der Sozialen Marktwirtschaft war immer bewußt, daß die eigentliche Bedeutung dieser Ordnung jenseits von Angebot und Nachfrage liegt. Freiheit und Würde, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung, schöpferisches Handeln und soziale Verpflichtung – das sind die tiefer liegenden Werte, auf die es ihnen ankam. Mit der Sozialen Marktwirtschaft ist eine einmalige Symbiose aus den Konsequenzen der christlichen sozialen Lehre und des Liberalismus gelungen. Wir sollten stolz darauf sein, daß sich dies sehr deutlich im Salzburger Programm der Volkspartei findet und einen integrierenden Teil unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik bildet.

Ökosoziale Marktwirtschaft heißt vor allem und zuerst Vertrauen in die unersetzlichen Kräfte und in die Phantasie, in das Engagement des einzelnen Menschen, der schöpferisch ist in der beruflichen Leistung, in Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft; schöpferisch und produktiv auch in der Solidarität gegenüber dem Nächsten. Und wirtschaftliche Entscheidungen sollen daher nicht von der staatlichen Macht, sondern aus dem Markt, dem Wettbewerb heraus gefällt werden.

### **Wettbewerb sichert Freiheit**

Vor zwei Monaten hat mir ein Mitglied des Zentralkomitees einer osteuropäischen führenden Partei – es gibt jeweils nur eine führende Partei dort – auf meine Frage „Wohin geht die gesellschaftspolitische Entwicklung bei Ihnen?“ gesagt: „Im Jahr 1945 haben wir allen erklärt, der Staat, das Kollektiv macht alles. Dann haben wir fast zwei Generationen dazu erzogen. Und heute müssen wir erklären, wenn wir aus dieser Situation herauskommen wollen, brauchen wir die Verantwortung der einzelnen Person.“ Das ist ein Anlaß, daran zu denken, daß das Wettbewerbsprinzip den Leistungswillen des einzelnen mit dem Wohl des Ganzen verbindet und daß es als Triebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung wirkt. Wettbewerb begrenzt und verteilt wirtschaftliche wie politische Macht und sichert damit Freiheitsräume.

### **Eigentum macht sparsam**

Ein zweites wesentliches Element ist: Privateigentum und der Mechanismus der Preise gewährleisten in der Marktwirtschaft, daß mit den vorhandenen Ressourcen sorgsam umgegangen und

Knappheit überwunden wird. Diese soziale Komponente macht die Marktwirtschaft von ihrem Ansatz her verschwundungsfeindlich.

### **Die freie Entfaltung aller**

Natürlich kann der Markt nicht alle Fragen lösen, und die Auswirkungen des Markts können nicht ohne Einschränkung hingenommen werden. Soziale Marktwirtschaft heißt, durch die Setzung von Rahmenbedingungen die freie Entfaltung aller, auch der sozial Schwächeren, zu ermöglichen – wirtschaftlich und gesellschaftlich.

Sozialismus in Reinkultur ist sehr einfach: Alles wird von einer Stelle geregelt, nach einem Plan, von einem Ministerium. Was brauchen wir die Subsidiarität, was brauchen wir die Länder? Man könnte doch viel Geld sparen, wenn man

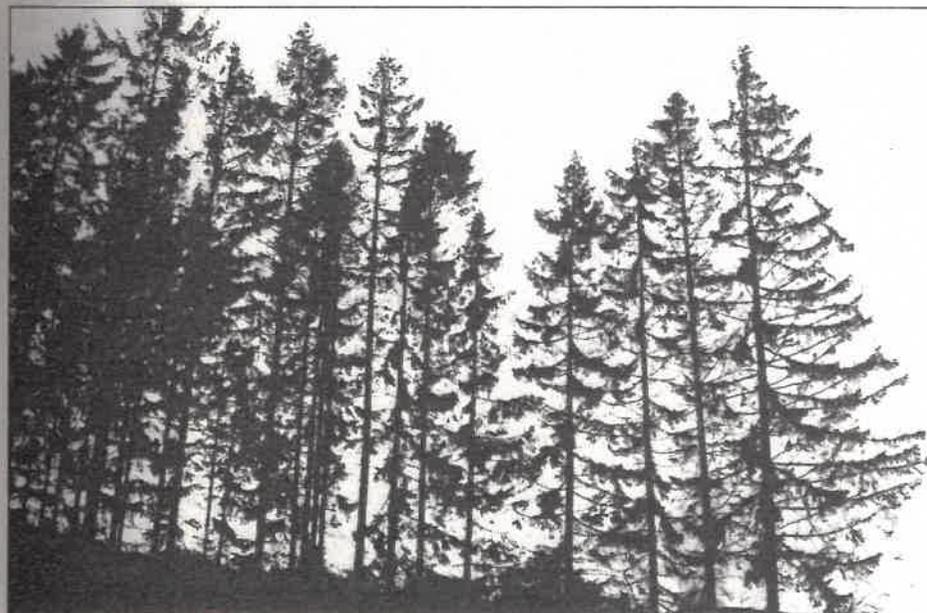
alle Landesregierungen, alle Gemeindeverwaltungen abschaffte. Einer soll zuständig sein – wir sind doch ein kleines Land, nicht wahr?

Sozialismus ist im Modell einfach und leicht erklärbar – nur, es funktioniert nicht.

Soziale Marktwirtschaft ist kompliziert, weil sie den Menschen in Freiheit, wenn auch unter Rahmenbedingungen, agieren läßt. Aber je konsequenter sie angewendet wird, umso besser ist das für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in der Gesellschaft.

### **Der Staat muß stark sein**

Die Aufrechterhaltung des Ordnungsrahmens der Sozialen Marktwirtschaft setzt einen starken demokratischen Staat voraus. Die Stärke des Staats soll aber aus persönlicher Selbstbestim-



Blick nach Osten: je sozialistischer das System, desto kranker die Natur.



Warnung des Gesundheitsministers: Rauchen kann Ihre Gesundheit gefährden.



mung und strenger Beachtung des Subsidiaritätsprinzips erwachsen, sonst entsteht eine untragbare Überforderung der Politik und der Verwaltung, die dann ihre wichtigen Aufgaben nicht mehr erfüllt und stattdessen in sekundären Bereichen in eine bürokratische Reglementierungswut verfällt.

Die Rahmenbedingungen der Ökosozialen Marktwirtschaft haben nach dem Verursacherprinzip dafür zu sorgen, daß Sauberkeit und Sparsamkeit durch entsprechenden Gewinn anerkannt werden, jedoch Verschmutzung und Lärm und sonstige Umweltbelastungen sowohl in der Produktion als auch im Alltag sich kostenmäßig nachteilig auswirken.

### Ein Feind der Verschwendung

Und weil, wie schon erwähnt, die Ökosoziale Marktwirtschaft die kostengünstigste Verwendung der vorhandenen Mittel sicherstellt, ist dieses Ordnungssystem ein natürlicher Feind der Verschwendung und daher – korrekt gehandhabt – umweltfreundlicher als jede andere Wirtschaftsordnung.

Das Ordnungssystem der Ökosozialen Marktwirtschaft, mit dem die Volkspartei eine neue Perspektive setzt, führt hin zu den Zielsetzungen einer freien Marktordnung, wie sie sich – natürlich mit oft unterschiedlichem nationalem und kulturellem Hintergrund – immer stärker weltweit durchsetzt, von Australien über Taiwan, Südkorea, Japan, die Vereinigten Staaten bis in die Länder des atlantisch-europäischen Raums. Immer mit dem konkreten Ziel „Mehr privat – weniger Staat“, dynamische Privatisierung und breite Eigentumsstreuung, wachsende Flexibilität der Arbeitszeit für Selbständige und Unselbständige, Vorrang der Qualität vor der Quantität,

Vorrang für die Entlastung des Bürgers von staatlichen Abgaben.

In allen diesen Bereichen stehen wir in Österreich erst am Anfang, und daher sollten wir, auch selbstkritisch bemerkt, gelegentlich mehr Selbstbewußtsein und mehr Mut haben und mehr Risikobereitschaft, um diese Ziele in der Politik durchzusetzen. Dies umso mehr, als der Sozialismus als gesellschaftspolitisches Leitmotiv resigniert hat, und das gilt sowohl für den demokratischen Sozialismus als auch für den realen Sozialismus in den kommunistischen Ländern.

Wer bekennt sich denn heute noch zur Verstaatlichung? Selbst in den kommunistischen Ländern spricht man heute vom sozialistischen Wettbewerb, den man einführen müßte, von sozialistischer Demokratisierung, von sozialistischer Marktordnung und von manchem mehr – ich habe den Eindruck, je öfter man das Wort sozialistisch einem Begriff vorsetzt, umso mehr entfernt man sich vom eigenen ideologischen Erbe.

### Von Prestigekämpfen lassen

Dieser Kongreß hat die Ökosoziale Marktwirtschaft als ordnungspolitisches System für unsere künftige Wirtschaftspolitik fixiert. Lassen wir dabei sterile Prestigekämpfe zwischen ökonomischen und ökologischen Überlegungen und Richtungen sein. Treten wir konsequent gegen die Utopie des Nullwachstums und gegen die Technikfeindlichkeit auf – die Sauberkeit von Flüssen und Seen muß ebenso finanziert werden wie die Entwicklung abgasarmer Motore.

Eine von ethischen Überlegungen bestimmte Technik ist ein wesentliches Instrument zur Sicherung einer sauberen Umwelt. Nicht die technische Erfindung als solche, nicht der wissenschaftliche

*Mock: Fit für die Zukunft.*

Fortschritt als solcher können dafür verantwortlich gemacht werden, wenn man sie mißbraucht; zu beklagen und dringend zu beheben ist vielmehr die Absenz ethischer Überlegungen bei den Menschen, die den technischen Fortschritt falsch einsetzen. Nur mit dieser Grundhaltung werden wir wirtschaftliche, soziale und ökologische Zielsetzungen integrieren, zu einem hohen Maß von Konfliktfreiheit gelangen und aus der Volkspartei die Partei des wirtschaftlichen und des sozialen und des ökologischen Fortschritts machen können.

Wer könnte und sollte sich hier eigentlich stärker engagieren als wir, die wir

den Lebensprozessen und über allem dem menschlichen Leben einen so besonders hohen Stellenwert zuerkennen? Für uns ist doch die Wirtschaftspolitik nicht nur ein nüchternes Finanzkalkül, sondern darüber hinaus ein Strang im Geflecht einer ganzen Reihe von gesellschaftspolitischen Zielsetzungen. Wir reduzieren die Wirtschaftspolitik nicht auf die Frage des persönlichen Einkommens, sondern halten sie für ein bestimmendes Element einer sozialen, auf Lebensqualität ausgerichteten Gesellschaft von freien und selbständigen Menschen, die einander in Verantwortung und Solidarität verbunden sind.

# Oberbank

*Ein bißchen mehr als eine Bank*



**Josef Riegler**

*Auf dem Wirtschaftskongreß der ÖVP in Linz arbeitete Dipl.-Ing. Josef Riegler – noch als Landwirtschaftsminister – die Grundzüge einer „Ökosozialen Agrarpolitik der Zukunft“ heraus.*

## **Bauer sein ist mehr als ein Job**

Wenn wir über die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft und über die Agrarpolitik diskutieren, sollte uns immer wieder bewußt werden, um welche Leistungen es hier insgesamt geht.

Zunächst eine kleine Vorbemerkung:

Vor vier Jahrzehnten ist in den Staaten Osteuropas die Bauernschaft aus politischen Gründen beseitigt worden. Aber seither kämpfen jene Länder, welche vorher die Kornkammern Europas darstellten, mit dem Problem der Unterversorgung.

Wir erleben in diesen Tagen gewaltige Erfolge der sogenannten grünen Revolution in den Ländern der dritten und

vierten Welt – wer hätte sich vor einiger Zeit vorstellen können, daß Indien und China Selbstversorger werden?

Wir erleben gleichzeitig, daß durch die Abholzung der Tropenwälder und durch die Zerstörung des Kulturbodens in Teilen Afrikas und anderer Kontinente nicht nur die dortige Landwirtschaft zerstört wird, sondern sich globale Veränderungen in den Naturvoraussetzungen entwickeln.

Und auch die westlichen Industriestaaten kämpfen mit einer tiefgehenden Agrarkrise. Diese ist allerdings anderer Art: Sie ist zum Teil die Folge der kurzfristigen und einseitigen wirtschaftlichen

Maximierung und damit auch die Folge einer Fehlentwicklung unserer Industriegesellschaft. Wir haben es hier mit gigantisch gestiegenen Erträgen, mit einem daraus resultierenden Überschußwettbewerb und mit der Gefahr zu tun, daß Boden, Wasser und Wald zerstört werden.

### „Noch-mehr-Rezepte“ sind out

Nun gibt es zum Teil als Lösungsansatz das Rezept: noch mehr Industrialisierung, Einsatz von noch mehr Technik und Chemie. Aber dieses Rezept kann wohl nicht aufgehen. Es besteht daher durchaus die akute Gefahr, daß in Westeuropa und vor allem auch in Österreich die bäuerlich strukturierte Landwirtschaft in Frage gestellt würde, wenn die Entwicklung geradlinig weiterverliefe. Ich möchte daher zunächst die Frage nach den Aufgaben und den Funktionen der Land- und Forstwirtschaft herausstellen.

Der Normalkonsument empfindet heute die Besorgung von Lebensmitteln als etwas, das eben im Selbstbedienungsladen vor sich geht, wo man nicht daran denkt, woher diese Lebensmittel kommen.

Aber versuchen wir doch einmal, uns die Bauern wegzudenken in Österreich. Was wäre die Folge? Ein verödetes Land; in weiten Gebieten würde für Kaufleute, Gastwirte, Werkstätten, Schulen und Einrichtungen zur Dienstleistung der wirtschaftliche Hintergrund verloren gehen. In einer verwilderten Landschaft wäre kein Fremdenverkehr möglich; Muren, Lawinen und Hochwasser würden zu einer Gefährdung des Lebensraums werden.

Hier liegt die eminente Gefahr der eindimensionalen Lösungsvorschläge.

1968 war es der Mansholt-Plan, mit dem man eine industrieähnliche Agrarstruktur in Westeuropa anstrebte. Seither gab es eine ganze Reihe von sogenannten Professorengutachten und technokratischen Lösungsvorstellungen; und wir erleben gerade in diesen Wochen und Monaten das Ringen um den künftigen agrarpolitischen Weg in der OECD, in den GATT-Verhandlungen und in den Europäischen Gemeinschaften.

Natürlich brauchen wir einen Abbau unsinniger Subventionen, mit deren Hilfe sich die großen Anbieter gegenseitig die Preise zerstören und damit auch die Landwirtschaft in anderen Regionen in Gefahr bringen. Aber Vorsicht ist geboten, wenn vom freien Spiel des Marktes die Rede ist und man damit meint, daß sich die Landwirtschaft auf die begünstigsten Standorte dieser Erde zurückziehen soll.

### Bauer sein: Mehr als ein Job

Wir können mit einer Landwirtschaft, die den Boden ausbeutet und zerstört mit einer Landwirtschaft, in der die Menschen unter sozial unzumutbaren Bedingungen leben müssen, natürlich nicht konkurrieren — in Österreich nicht und in weiten Teilen Westeuropas nicht und daher ist Agrarpolitik etwas viel Umfassenderes: Sie ist Wirtschaftspolitik, aber auch Sozialpolitik, Umweltpolitik, Regionalpolitik, Kultur- und Gesellschaftspolitik.

Einige Gedanken zur Gesellschaftspolitik: Unser Staat, unsere Gesellschaft könnten nicht in dieser Form existieren, wenn es nicht Unternehmer gäbe, Ärzte, Wissenschaftler, Arbeiter, Beamte, Lehrer und viele andere, die bereit sind, viel mehr zu tun, als den Minimalauftrag zu erfüllen, der sich aus ihrem Job ergibt.



Das Gebot heißt: weg von der Massenproduktion; das „Immer mehr“ ist out.

Und so ist es auch mit den Bauern. Wenn sie nicht bereit wären, mehr zu tun, als nach dem Rechenstift sinnvoll ist, gäbe es die Landwirtschaft und die bäuerliche Struktur in weiten Bereichen unseres Staats nicht mehr. Diese noch vorhandene Grundeinstellung, daß Bauer sein mehr ist als ein Job; daß das bedeutet, ein Stück Boden oder Heimat, das einem anvertraut ist, zu erhalten und weiterzugeben, — das ist eine menschliche und eine charakterliche Stärke, die sich in uns gesellschaftspolitisch in Jahrhunderten entwickelt hat. Ja, ich möchte sagen, es ist ein Kulturgut: Wenn wir es nicht besäßen, gäbe es vielfach keine Bergbauern mehr und keine Bauern in den Regionen, wo es schwieriger ist zu bestehen. Um das geht es letztlich in einer zukunftsorientierten Agrarpolitik.

Ich habe bei meinem Amtsantritt erklärt, daß es mir um drei Ziele geht: — um die Entwicklung und Verbesserung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft — samt

den mit ihr zusammenhängenden Wirtschaftsbereichen; — zweitens aber auch um die konsequente Wahrnehmung unserer Verantwortung für die Umwelt, für den Lebensraum, und damit um die ökologische Zielsetzung, — und drittens darum, daß wir soziale Rahmenbedingungen schaffen, die den Kleineren schützen, die dem Schwächeren Hilfe geben.

### Auch ein Beitrag für Europa

Und daraus ist nun der Begriff der Ökosozialen Agrarpolitik entstanden. Wir haben ihn in einem Jahr für die konkreten Entscheidungen in der österreichischen Agrarpolitik ausprägen können. Ja, noch mehr: Wir haben damit einen eigenständigen Beitrag Österreichs in die Diskussion um den künftigen agrarpolitischen Kurs Westeuropas einbringen können.

Einige Ziele und Konsequenzen, die sich daraus ableiten:

**1. Mehr Markt** — trotz einer notwendigen Ordnung im Bereich der landwirtschaftlichen Vermarktung. Durch die Reform der Marktordnung haben wir dieses Vorhaben mit geradezu sensationellen Veränderungen umsetzen können — wenn man bedenkt, daß wir ein System hatten, das jahrzehntlang mehr oder weniger unverändert fortgeschrieben wurde und immer mehr durch zentrale bürokratische Lenkungsinstrumente gekennzeichnet war.

### **Energiestoffe produzieren**

**2. Reform der Produktionsstruktur.** Auch hier war es zu einer Versteinerung gekommen, ähnlich wie in der verstaatlichten Industrie, mit dem Problem explodierender Exportkosten und sinkender Bauerneinkommen. Gab es im Jahr 1986 etwa 10.000 Hektar Alternativproduktionen auf unseren Ackerflächen, werden wir im nächsten Jahr 160.000 Hektar haben und dazu 60.000 Hektar sogenannte Ökologief Flächen. Dazu kommt eine Vielfalt kleiner Alternativen, von Spezialprodukten bis hin zu der ausgesprochen naturnahen und biologischen Erzeugung.

Die nächsten Schritte müssen und werden sein der massive Einstieg in den Bereich der Energieproduktion, die Erzeugung von Grundstoffen für die chemische und pharmazeutische Industrie, die Erschließung aller Möglichkeiten für die Biochemie und die Biotechnologie. Und ich freue mich, daß mit Wissenschaftsminister Tuppy hier eine sehr enge Zusammenarbeit besteht und daß beispielsweise in Linz in der VÖEST-Alpine eine eigene Forschungseinrichtung für diesen Bereich der Öffentlichkeit vorgestellt werden konnte. Und daher

**3. Schwerpunkt Forschung, Entwicklung und Information.**

**4. Wirkungsvolles Marketing,** um die österreichische Qualität bewußt zu machen. In der Qualität unserer Produkte liegen ungeheure Chancen. Wir haben eine vielfach noch unbelastete Produktionsgrundlage. Wir haben auch unsere Landschaft, unseren kulturellen Hintergrund, unsere Art des Lebens, die wir als eine Einheit präsentieren sollten. Wir werden daher im nächsten Jahr eine Österreichische Marketing Service-Gesellschaft einrichten, die ergänzend zu den Aktivitäten der Unternehmen und Organisationen sich gerade um diese übergeordnete Präsentation der österreichischen Qualität bemühen wird.

**5. Direkte Einkommenszahlung.** Sie werden wir als Instrument zur Erhaltung unserer bergbäuerlichen Bewirtschaftung und der Besiedlung vor allem in den Grenzlandregionen sinnvoll weiterentwickeln. Wir werden den Aufgaben der Sicherung des Bodens, des Wassers und des Waldes sowohl in der Agrarpolitik wie in der Wirtschafts-, Umwelt- und Energiepolitik einen höheren Stellenwert einräumen müssen — hier ergibt sich die gemeinsame Achse.

### **Vielfältiges Einkommen**

Und es geht weiters darum, daß wir eine bäuerliche Landwirtschaft für die Zukunft nur absichern können, wenn wir vielfältige Kombinationen des Einkommens als etwas Sinnvolles anstreben und weiterentwickeln: nicht nur in Form des klassischen Nebenerwerbs — Bauer und Arbeitnehmer in der Industrie, im Baugewerbe oder sonst irgendwo —, sondern auch in den neuen Formen der Kombination von Bauern und selbständiger Tätigkeit, wofür die Erfordernisse



Heuer: 60.000 ha stillgelegt.

und Wünsche in Richtung Freizeitgestaltung und Gesundheitspflege ideale Grundlagen bieten.

Mir geht es weiters vor allem darum, daß wir Partnerschaften entwickeln, daß wir viel mehr als bisher gemeinsam Projekte entwickeln zwischen Landwirtschaft und Handel, zwischen Landwirtschaft und Verarbeitungsindustrie, zwischen Landwirtschaft und Fremdenverkehr, zwischen Landwirtschaft und einzelnen Verbrauchergruppen. Ich denke, daß dieses Denken über den Zaun hinaus, dieses Miteinander, dieses integrative Entwickeln von Vorhaben entscheidend sein wird.

### **Nicht mit allem mitgehen**

Letztlich werden wir gerade dadurch der großen Herausforderung Westeuropas besser gerüstet entgegensehen kön-

nen. Ich weiß um die Problematik der wirtschaftlichen Herausforderung, die sich gerade im Bereich der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelindustrie stellt, und ich sehe durchaus mit Sorge unser Spannungsverhältnis zu den agrarpolitischen Konzepten der Europäischen Gemeinschaft. Hier können wir durchaus nicht mit allem mitgehen, was derzeit in Brüssel praktiziert wird. Gerade deshalb liegt mir auch sehr viel daran, daß wir unsere Vorstellungen von einer auf wirtschaftliche Leistung, sozialen Rahmen und gesicherte Umwelt ausgerichteten Agrarpolitik auch in Westeuropa stärker in die Diskussion bringen.

### **Eine logische Antwort**

Es erfüllt mich mit Freude, daß die Österreichische Volkspartei den Gedanken des ökosozialen Ansatzes als zentrale Zielvorstellung ihrer Wirtschaftspolitik aufnimmt. Und es ist ja an sich eine zwingende Logik: Die liberale Marktwirtschaft brachte im vorigen Jahrhundert einen großen wirtschaftlichen Sprung, brachte die industrielle Entwicklung, verbunden allerdings mit dem Problem großer sozialer Spannungen — es ging darum, die soziale Frage zu lösen. Die Antwort darauf war die Soziale Marktwirtschaft, die wieder durch das christlich-soziale Gedankengut nach dem zweiten Weltkrieg eine ungeheuer beeindruckende Entwicklung erreichen konnte: mit einem allgemeinen Wohlstand, mit einer sozialen Sicherheit, wie es sie in dieser Dimension noch nie gegeben hatte.

Nun haben wir als neues Problem die Gefährdung des Lebensraums, die Gefahr der Zerstörung unserer Umwelt. Und daher geht es wieder einmal darum,

diese Herausforderung mit der Stärke der Sozialen Marktwirtschaft anzunehmen; und daher ist die Antwort die Ökosoziale Marktwirtschaft. Ich bin überzeugt, daß die Kräfte dieses Systems der freien Entfaltung am ehesten und wahrscheinlich als einziges System in der Lage sein werden, auch diese Aufgabe langfristig optimal zu bewältigen.

### Geistig-offensive Kraft sein

Ich möchte zusammenfassen:  
— So, wie unsere Argumente bereits vor der Nationalratswahl 1986 den großen Konkurrenten veranlaßt haben, seine geistigen Positionen zumindest nach außen hin über Bord zu werfen und in den Aussagen auf unsere Vorstellungen einzuschwenken;

— so, wie wir in den Regierungsverhandlungen und im Arbeitsprogramm der Bundesregierung im wesentlichen die wirtschaftspolitischen Positionen der Volkspartei verankern konnten;  
— so, wie die Reformen seither — ob Budgetsanierung, Steuerreform oder jetzt die Agrarreform — von uns ausgegangen sind,  
— so bin ich überzeugt, daß wir mit dieser Zielvorstellung einer Ökosozialen Marktwirtschaft auch weiterhin die geistig offensive Kraft in diesem Land sein werden und damit auch die Verantwortung tragen, die anstehenden Aufgaben im Interesse der Menschen und im Dienst an der Zukunft unseres Heimatlandes Österreich bewältigen zu können.

Ein klares Ja zur vernünftigen Nutzung der Wasserkraft

## ÖDK: Strom für unsere Umwelt

Wir alle brauchen Strom. Von Jahr zu Jahr mehr. Bei der behutsamen Nutzung unserer ständig erneuernden Wasserkraft wird elektrische Energie auf umweltfreundliche Weise gewonnen. Natur und Technik werden dabei weitgehend in Einklang gebracht. Strom ist die Voraussetzung für viele Umweltmaßnahmen. Fast alle technischen Einrichtungen zur Reinhaltung von Luft, Boden und Wasser bedienen sich der elektrischen Energie.

Strom aus der Wasserkraft ist eine Investition in die Zukunft. Die ÖDK bekennt sich zum Ausbau unserer Wasserkraft als akzeptablen Kompromiß zwischen Ökologie und Ökonomie. Wir sind uns jedoch auch unserer großen Verantwortung bewußt, bei Planung und Bau von Kraftwerken mit der Natur und der Umwelt besonders sorgsam umzugehen, weil es um uns und um unsere Nachwelt geht.

# ÖKOSOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

## Eine Enquete der Volkspartei

Die Vorstellung des ÖVP-Wirtschaftsprogramms in Linz war auch der Startschuß für die breit gefächerte Arbeit in der Volkspartei am neuen Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft. Eine Enquete — am 6. Oktober 1988 im Technischen Museum in Wien — hat dieser Arbeit wichtige Impulse gegeben, vor allem durch die Mitwirkung bekannter Wissenschaftler wie Univ.-Prof. Dr. Gerhart Bruckmann, Univ.-Prof. Dr. Georg Winckler und Univ.-Doz. Dr. Karl Aiginger. Dipl.-Ing. Josef Riegler — damals noch Landwirtschaftsminister — hielt bei dieser Enquete das Einleitungsreferat, das wir in der folgenden Dokumentation der Enquete als ersten Beitrag wiedergeben.

## Josef Riegler: „Den Anstoß hat die Landwirtschaft gegeben.“

Wir befinden uns an einer bedeutungsvollen Weichenstellung in bezug auf unsere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Die Herausforderung zu einer Neuorientierung ist vergleichbar mit jener, die Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre vorgenommen werden mußte. Man hat damals, nach der liberalen Marktwirtschaft, nach der Phase des Klassenkampfes, der Polarisie-

rung und nach einer kriegswirtschaftlichen, zentralen Planwirtschaft mit der Erfindung der Sozialen Marktwirtschaft einen genialen Wurf gemacht.

Es war sicher kein Zufall, daß christdemokratische Denker und Politiker unter Einbindung der liberalen Tradition Erfinder und Umsetzer dieses Denkmodells waren; aus der Überzeugung, daß wir Freiheit und Solidarität brauchen,

daß wir nicht die Polarisierung, sondern die integrierende Problemlösung anstreben müssen. Alfred Müller-Armack sagte Ende der vierziger Jahre: „Die soziale Marktwirtschaft ist eine strategische Idee innerhalb des Konflikts verschiedener Zielsituationen. Sie ist eine Stilformel, durch die versucht wird, die wesentlichen Ziele unserer freien Gesellschaft zu einem neuen, bisher in der Geschichte noch nicht realisierten praktischen Ausgleich zu bringen.“ Und er sprach auch davon, daß es darum gehe, „eine Umwertung überlieferter Begriffe vorzunehmen und sich einzugestehen, daß viele Formen des politischen und wirtschaftlichen Lebens überholt sind.“

### Impuls aus der Landwirtschaft

Das waren beinahe revolutionär anmutende Formulierungen. Und ich bin der Überzeugung, daß unsere Gesinnungsgemeinschaft im doppelten Sinn gut beraten ist, an Müller-Armack anzuknüpfen: Zum einen sollten wir auf dem Boden der sozialen Marktwirtschaft bleiben, zum anderen ihr Konzept aber angesichts neuer Herausforderungen und Spannungsverhältnisse im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben weiterentwickeln.

Ich glaube daher, daß wir mit dem Begriff und dem bereits skizzierten Inhalt der „Ökosozialen Marktwirtschaft“ seitens der Österreichischen Volkspartei in Weiterentwicklung der wirtschaftspolitischen Kompetenz unserer Gesinnungsgemeinschaft die Weichen für die Bewältigung der wichtigsten Aufgaben von morgen stellen können.

Es ist die Frage angesprochen worden, warum „überraschenderweise“ der Begriff „ökosozial“ zunächst vom Landwirtschaftsminister geprägt wurde und –

eigentlich völlig außer der Norm – von der Agrarpolitik ein Impuls für die Weiterentwicklung unseres wirtschaftspolitischen Konzepts ausging, da doch gerade die Agrarpolitik mit ihrer zum Teil sehr bürokratisierten Marktordnung eher den gegenteiligen Eindruck in der Öffentlichkeit und innerhalb der wirtschaftlichen Diskussion ausgelöst hatte. Ich möchte das ganz schlicht und einfach erklären:

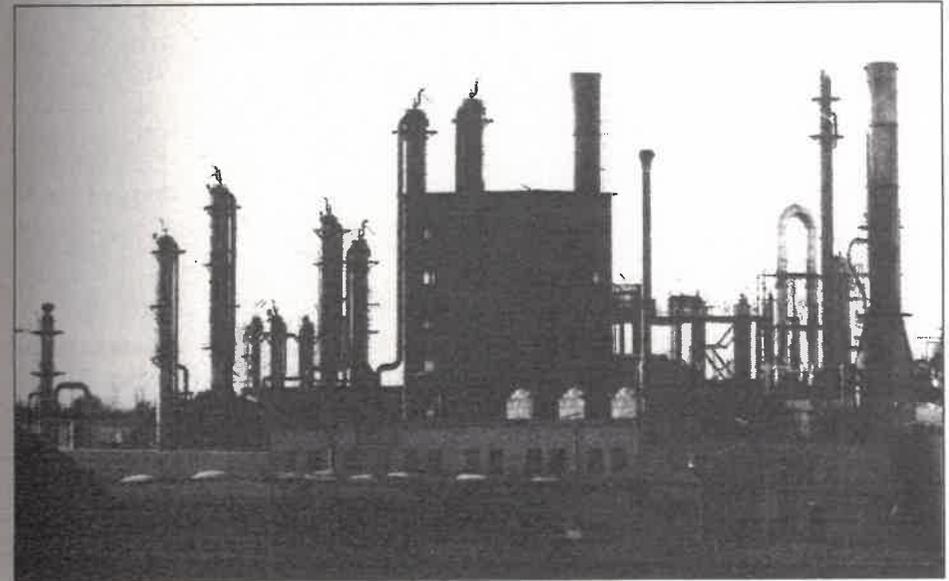
### Zielvorgabe über den Tag hinaus

Mein Ansatzpunkt war, für die österreichische Agrarpolitik zunächst eine neue Zielvorgabe zu entwickeln, die umfassender sein sollte und die über den Tag hinausreicht. Ich habe daher bei meinem Amtsantritt als Landwirtschaftsminister für die Neuorientierung der österreichischen Agrarpolitik drei Ziele genannt:

- die Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit,
- die Verantwortung für die Umwelt,
- die ausgeprägte soziale Verantwortung, das heißt, bewußte Rahmenbedingungen zum Schutze der Schwächeren und der Kleineren.

Aus diesen drei Zielen wurde dann der sicher etwas eckige Begriff „ökosozial“ entwickelt.

Es gibt durchaus eine zwingende innere Logik, nach der liberalen Marktwirtschaft und der nächsten Qualitätsstufe, der Sozialen Marktwirtschaft, nun zu einer dritten Qualitätsstufe, nämlich der „Ökosozialen Marktwirtschaft“, fortzuschreiten. Es ist doch so, daß nach der klassischen Polarität zwischen Arbeit und Kapital heute die Polarisierung zwischen Ökonomie und Ökologie das Spannungsverhältnis darstellt.



Riegler: „Wir sind dazu übergegangen, die Erdvorräte in kurzer Zeit auszubeuten.“

Zur Analyse der Entwicklung müssen wir feststellen, daß die eigentliche Ursache für viele unserer heutigen Probleme im Verhältnis Wirtschaft und Umwelt, für die Tatsache der Bedrohung des Lebensraums im Denksystem, das heißt, in der „Philosophie“ unserer westlichen Industriegesellschaft begründet liegt. Eine Denk- und Lebensweise, eine Philosophie, die wir von Westeuropa und Nordamerika inzwischen in viele Teile der Welt exportiert haben. Die Ursache für manche Fehlentwicklung liegt erstens im Prinzip des sektoralen Denkens, in der Spezialisierung, die sicher eine enorme Triebfeder für alle Erkenntnisse der Wissenschaft und deren Umsetzung in der Wirtschaft gebracht hat, die aber andererseits zum Verlust des gesamtheitlichen Denkens beitrug und damit auch zur Reduzierung beziehungsweise zum Verlust eines gesamthaften Verantwortungs-

bewußtseins. Das zweite ist die kurzfristige Erfolgsmaximierung, die eine der Triebfedern für die Entwicklung von wirtschaftlichem Erfolg und allgemeinem Wohlstand war, die aber auch zu einer Mentalität beiträgt, die man mit dem bekannten Schlagwort „Hinter uns die Sintflut“ umschreiben kann.

### Wohlstand und Bedrohung

Die Folgen dieser zwei Fehler im Denkansatz sind auf der einen Seite ein bis dahin unvorstellbarer Wohlstand, eine Explosion von Wissen und Können, auf der anderen die heute bedrückend erkennbare globale Bedrohung zumindest des menschlichen Lebens. Das heißt, wir haben kurzfristige Gewinnmaximierung zum Teil um den Preis langfristiger und manchmal auch irreversibler Schäden erkaufte. Und wir sind dazu übergegangen, die Erdvorräte in kurzer

Zeit auszubeuten, statt das, was uns die Natur bietet, langfristig und pfleglich zu nutzen.

Dieser einseitige Denkansatz führt auch insofern zu Problemen in der Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, als – von einem Unternehmen oder von einem Konsumenten aus betrachtet – positive externe Effekte nicht belohnt werden und, umgekehrt, negative externe Effekte auch nicht bestraft werden. Damit liegt es völlig in der Natur der Sache, daß nur auf den internen Effekt geachtet wird und uns die Auswirkungen, die man lange Zeit für vernachlässigbar hielt, heute vor zum Teil beinahe unlösbare Probleme stellen.

### **Fünf große Schadensbereiche**

Ich möchte das nur an einigen Beispielen und Schlagworten demonstrieren:

- Unsere Kulturböden sind zunehmend durch Schadstoffe belastet, werden zum Teil aufgebraucht und zerstört;
- das Grundwasser wird zum Teil in großen Dimensionen gefährdet, kleine Mengen chemischer Substanzen, wie etwa chlorierter Kohlenwasserstoff, genügen, um Grundwasserreserven auf lange, lange Zeit unbrauchbar zu machen;
- manche Seen sind übersäuert, Fließgewässer und Meere zum Teil hochgradig verschmutzt und vergiftet;
- hochgiftige Abfälle befinden sich als tickende Zeitbomben im Boden und in den Meeren;
- die Gefährdung und Zerstörung unserer Wälder sind ein für West-, Mittel- und Osteuropa höchst akutes Problem.

Dazu kommen jene Bedrohungen globalen Ausmaßes, wie etwa die Zer-

störung der tropischen Regenwälder – der Sauerstoffspender für die gesamte Erde –, die gleichzeitige Anreicherung mit CO<sub>2</sub> durch die forcierte Verbrennung von fossilen Energieträgern mit dem Nebeneffekt einer langsamen Aufheizung unserer Atmosphäre, und die Tatsache einer durchlöcherten Ozonschicht.

### **Es fehlt an Konsequenzen**

Diese Fakten sind zwar heute auch allgemein bekannt, an wirklichen Konsequenzen fehlt es aber nach wie vor. Dabei müssen wir wissen, daß es nur mit internationalen Regelungen möglich ist, diesen Bedrohungen zu begegnen. Es sind daher große Anstrengungen notwendig, vergleichbar jenen, die zur Begrenzung der Atomrüstung und der Atomversuche in den sechziger Jahren oder zur Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung in den siebziger Jahren angestellt wurden.

In diesem Bereich, nämlich der Zerstörung der Lebensgrundlagen, fehlt bisher eine wirklich zielführende Befassung durch internationale Organisationen, sei es durch die UNO, sei es durch andere internationale Gemeinschaften. Es ist zu wenig, wenn wir in der neuen GATT-Runde zwar über neue Handelsusancen verhandeln, gleichzeitig aber nicht in der Lage sind, auch den Verhaltenskodex für die Art des Produzierens international neu abzustimmen. Ich nehme jetzt ein Beispiel aus meinem ureigensten Bereich: Es wird auf Dauer nicht möglich sein, daß wir in Österreich oder innerhalb der Europäischen Gemeinschaft auf den Einsatz von Hormonen in der Tierproduktion verzichten, wenn auf der anderen Seite die USA gar nicht daran denken, sich ebenso eine solche Be-



*Weltbedrohung Fluor-Spraydosen*

schränkung aufzulegen. Wir erleben den Widersinn, daß wir auf der einen Seite mit immer noch mehr Chemie versuchen, das Letzte aus der Produktionskraft der Pflanzen herauszuholen, und damit unsere Böden und unser Wasser belasten, andererseits aber nicht wissen, wie wir das Überschußproblem der Landwirtschaft in den westlichen Industriestaaten bewältigen sollen.

Das sollte nur aufzeigen, wie problematisch und wie widersinnig die Dinge geworden sind. In diesem Zusammenhang will ich es mir nicht verkneifen, auf die sensationell anmutende Äußerung von Frau Premierminister Thatcher hinzuweisen, die in ihrer aufsehenerregenden Rede gemeint hat, „die Erde sei in Gefahr; die Menschheit habe vielleicht unbewußt ein massives Experiment mit

dem System des Planeten angefangen.“ Und einer der Kommentatoren zu dieser Rede meinte: „Ich bin einfach erstaunt, sie so reden zu hören. Mir fällt nur das Klischee vom Weg nach Damaskus ein. Aber in diese Größenordnung gehört Frau Thatchers Bekehrung.“ Sollte das vielleicht andeuten, daß wir mit unserem Denkansatz einer Ökosozialen Marktwirtschaft um eine Nasenlänge voraus sind? Jedenfalls bin ich überzeugt, daß wir mit unserem Ansatz zur Problembewältigung auf der richtigen Spur sind.

### **Bei den Wurzeln ansetzen**

Einige konkrete Konsequenzen daraus:

Natürlich stehen wir derzeit vor der Aufgabe, daß wir Fehlentwicklungen korrigieren und gleichzeitig künftige Fehlentwicklungen vermeiden müssen. Wobei ich nochmals darauf hinweisen möchte, daß es um die Wiederentdeckung des integrativen Denkens geht. Ich glaube daher, daß das Prinzip der Spezialisierung, der Arbeitsteilung, der kurzfristigen Maximierung, das uns den Höhenflug in der Entwicklung, aber auch die Kehrseiten brachte, durch ein Zusammenführen der Informationen abgelöst werden muß, wozu dem Menschen ja auch die modernen Informationstechnologien das notwendige Instrumentarium geben.

Es wird sicher notwendig sein, daß wir bei der künftigen Gestaltung der Wirtschaft in ihrem Verhältnis zur Umwelt bei den Wurzeln ansetzen. Das heißt, das Verursacherprinzip in einer auch wirtschaftlich praktikablen Form umzusetzen. Es war eben ein Fehler, zunächst die Nebenwirkungen von Industrie, Energiewirtschaft, Verkehr, Konsumverhalten, Siedlungstätigkeit usw. zu unter-

schätzen und sie letztlich zu einer Aufgabe der Allgemeinheit zu machen, beziehungsweise jener wenigen Betroffenen, wie etwa der Forstwirtschaft, die den wirtschaftlichen Schaden erleiden muß.

Zunächst geht es darum, die Fehlentwicklungen zu korrigieren und zu reparieren, wobei dazu auch die Einführung einer neuen Abgabe notwendig sein mag, um die Altlastensanierung finanzieren zu können. Aber das ist keine Lösung des Problems für die Zukunft. Ich meine daher, daß wir wirklich miteinander – Theoretiker, Praktiker der Wirtschaft, Politiker, Interessenvertreter etc.

– jene Instrumente entwickeln müssen, die durch geänderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen Belastungen und Gefährdung der Umwelt von vornherein vermeiden helfen, weil diese Fehlentwicklungen unwirtschaftlich gemacht werden. Die Frage nach zielgerichteten Abgaben, nach Zertifikaten ist meines Erachtens von höchster Aktualität. Wir werden entscheiden müssen, welche Produktionsfaktoren angesichts der eingetretenen Fehlentwicklungen steuerlich belastet und welche steuerlich entlastet werden sollen. Ich meine daher, daß wir nach der jetzt bewältigten Steuerre-

## Die Pyhrnroute – ein Verkehrsträger einst und jetzt!

Bereits von den Römern als „Via Norica“ ausgebaut, erlangte die Straße über den Pyhrn-Paß im 12. Jahrhundert besondere Bedeutung für den Fernhandel zwischen den Regionen des Böhmisches Beckens und Venedig, Burgen, Klöster und Städte mit idyllischen mittelalterlichen Ortsbildern entlang dieser Strecke zeugen noch heute von der einstigen Blüte. Mautstellen befanden sich damals in Klaus und Rottenmann. Heute verbindet die Pyhrnroute die Mitgliedländer der EG im Nordosten Europas mit jenen im Südosten Europas.

Die letzten zehn Jahre sind durch ein verstärktes Infragestellen des Straßenbaus und des Autobahnbaus im speziellen, ein immer größer werdendes Umweltbewußtsein und das Verlangen nach stärkerer institutionalisierter Bürgerbeteiligung gekennzeichnet. Die vermehrte Sensibilisierung des Bürgers für das Umweltbewußtsein ist häufig die Ursache, den Neu- und Ausbau von Straßen, vor allem von Autobahnen, im Bereich der Städte prinzipiell in Frage zu stellen. Die Wirtschaft ist

aber auf eine funktionierende Gesamtverkehrsstruktur angewiesen, nur müssen bereits bei der Planung ökologische Begleitmaßnahmen einfließen.

Beim autobahnmäßigen Ausbau der Pyhrnroute wird auf die Umweltverträglichkeit besonderer Wert gelegt. Lärm- und Landschaftsschutz sind integrierter Bestandteil von Planung und Bau. So wurden zum Beispiel bereits etliche Abschnitte mit lärmdämmendem Drainspalt versehen.

Der zentrale Abschnitt der zirka 230 Kilometer langen A-4-Pyhrnautobahn, die 77,5 Kilometer lange Gesellschaftsstrecke der Pyhrn Autobahn AG wurde auf dem Kreditweg finanziert. Zur Abdeckung der Finanzierungskosten wird eine Maut eingehoben, um auf diese Art und Weise die Finanzierung der vielen kostenintensiven Tunnel- und Brückenbauwerke auf mehrere Generationen zu verteilen – auf jene Generationen, welche die Vorteile dieser Jahrhundertbauwerke ebenfalls nützen können.



Erster Leidtragender durch Waldsterben: die Forstwirtschaft unseres Landes.

form eine neue Qualitätsstufe der Steuerreform anstreben sollten. Ich weiß schon, daß das nicht ein österreichischer Alleingang sein kann. Aber wir sollten die wirtschaftspolitische Diskussion auch bewußt über unser Land hinausstragen.

### Wieder langfristig wirtschaften

Es wird die Frage zu überlegen sein, welchen Produktionsweisen und welchen Produktionstechnologien wir den Vorzug geben und welche wir hintanhalten müssen; welche Energieträger unser Wirtschaftssystem braucht und verkraften kann, und wie insgesamt die Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft weiterentwickelt werden müssen.

Das Ziel muß sein, eine Wirtschafts-

weise zu entwickeln, die wieder auf die Langfristigkeit ausgerichtet ist, ein neues Ordnungsinstrumentarium und damit eine Umkehr von der Plünderung der Erde zur pfleglichen Nutzung. Dafür sollte der Begriff der Ökosozialen Marktwirtschaft eine Orientierung sein. Es geht darum, daß wir den klassischen zwei Zielen der Sozialen Marktwirtschaft ein drittes, gleichwertiges anfügen. Ökonomische Leistungsfähigkeit, ökologische Verantwortlichkeit und soziale Ausgewogenheit müssen die Rahmenbedingungen für die künftige wirtschaftspolitische Gestaltung darstellen.

Das ist der Schlüsselsatz!

Es geht nicht darum, jetzt herumzudiskutieren, ob das ein gescheiter Begriff ist oder nicht. Er ist auf der Welt, er sym-

bolisiert das, worum es geht. Nun müssen wir diese zentrale Aussage durch die Berufenen in Theorie und Praxis entsprechend umsetzen. Die Chance liegt in einer neuen integrativen Lösung, in einer Neugestaltung der Rahmenbedingungen, in einem neuen Stil der Konfliktbewältigung.

Die Aufforderung richtet sich an die Wissenschaftler, an die Praktiker der Wirtschaft in den Unternehmungen, an die Interessenvertreter und natürlich an

die politisch Verantwortlichen. Ich glaube, daß unsere Gesinnungsgemeinschaft die Chance hat, nachdem sie in der nun laufenden Legislaturperiode die treibende Kraft für das wirtschaftspolitische Handeln in unserem Land ist, als dynamische Kraft auch das wirtschaftspolitische Geschehen in den neunziger Jahren in Österreich zu gestalten und auch einen Impuls für die internationale Entwicklung zu geben.

Ich wünsche uns dazu viel Erfolg!



**Marilies Flemming**

*Dr. Marilies Flemming ist Umwelt-, Jugend- und Familienministerin. Wir geben ihren Beitrag auf der Enquete der ÖVP über die Ökosoziale Marktwirtschaft wieder.*

## Markt und Steuern als Instrumente

Österreich bekennt sich zu den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft. Das bedeutet, daß die vorhandenen Güter durch eine Kombination von sehr starken marktwirtschaftlichen Mechanismen, aber auch planwirtschaftlichen Mechanismen verteilt werden.

In der Umweltpolitik hat sich Österreich bisher – und das hat sicherlich historische Gründe – hauptsächlich eines normativen Instrumentariums von Geboten und Verboten bedient. Internationale Erfahrungen zeigen uns jedoch, daß der Einsatz von ganz einfachen marktwirtschaftlichen Instrumenten in vielen Bereichen empirisch zu weitaus besseren

Ergebnissen hinsichtlich der ökologischen Wirksamkeit und der ökonomischen Effizienz von Umweltmaßnahmen führt. Sicherlich werden wir auch in Zukunft auf Gebote und Verbote nicht verzichten können, und wir wollen das auch gar nicht. Aber wir werden hier nicht umhin kommen, auch in Österreich marktwirtschaftliche Instrumente stärker einzusetzen.

### 7 Prozent „Umweltsteuern“

Abgaben und Steuern beeinflussen Preise; veränderte Preisrelationen wiederum wirken sich zumeist auf die Nachfrage und auf das Investitionsverhalten

Wenn die  
nicht besser als  
Bargeld wäre ...



**DIE ERSTE**  
Nehmen Sie uns beim Namen

aus. Und diese Lenkungsmechanismen kann man sehr gut auch in den Dienst des Umweltschutzes stellen. Zwischen 1965 und heute, um Ihnen nur an einem Beispiel zu zeigen, wie sehr wir hier noch hinterdrein sind, lag der Anteil der Steuern mit einem Umwelteffekt – ich möchte da auch die Mineralölsteuer oder den Straßenverkehrsbeitrag, KFZ-Steuern und Düngemittelabgaben dazuzählen, bei rund sieben Prozent des Gesamtsteueraufkommens. Ziemlich genau 50 Prozent der Steuereinnahmen des Finanzministers machen die Verbrauchssteuern aus, und mehr als ein Drittel die Arbeitsbesteuerung, das sind die Lohn- und Einkommensteuern. Angesichts der Bedrohung unserer Umwelt, die Minister Riegler schon sehr drastisch und plastisch dargestellt hat, sollten wir uns dazu bekennen, daß Steuern eben steuern.

### Ökosoziale Steuerreform

Wenn man von der Ökosozialen Marktwirtschaft spricht, darf ich auch von einer ökosozialen Steuerreform träumen: Abgaben auf Ressourcen, Energie, überflüssige Verpackungen, Emissionen in Luft, Boden und Wasser – die könnten natürlich an der Quelle beziehungsweise beim Verursacher eingehoben werden.

Und das sind gar nicht so abwegige Gedanken, denn es gibt ja Länder, denen man wahrlich nicht nachsagen kann, daß sie sehr planwirtschaftlich geführt werden, sondern denen man attestieren muß, daß sie absolut kapitalistische Gesellschaftssysteme haben, zum Beispiel die Niederlande, die Vereinigten Staaten, die Bundesrepublik Deutschland, die Schweiz und Japan. Dort bedient man sich schon seit langem des Instru-

ments einer ökosozialen Steuerpolitik, ohne daß sie so genannt wird. Eine Zuordnung dieser Abgaben zu den einzelnen Umweltmedien zeigt, daß der Schwerpunkt hier im Bereich der Abfallwirtschaft liegt. Aber auch Wasser- und Luftabgaben finden Sie in den einzelnen OECD-Ländern bereits seit vielen Jahren.

### Mit Ausgaben steuern

Jüngste Untersuchungen zeigen uns, wie im Bereich der Wärmeversorgung gleichzeitig die Umweltbelastung reduziert werden kann. Erlauben Sie mir, ein Beispiel zu bringen, welches das Umweltbundesamt für mich erstellt hat. Vollausbau der Fernwärmeversorgung von derzeit 30 bis 40 Prozent Ausbaugrad: Zeitlicher Horizont etwa fünf Jahre, notwendiges Investitionsvolumen zirka 30 Milliarden Schilling, Beschäftigungseffekt zirka 9000 Arbeitsplätze pro Jahr, Energieeffekt zirka 50 Betajoule. Primär sollen dabei Wärmeauskoppelungen aus Anlagen von Energieversorgungsunternehmen, aber auch von Industriebetrieben erfolgen. Wir haben dann ein ähnliches Beispiel im Zusammenhang mit der Wohnhaussanierung und auch mit Nahwärmesystemen auf der Basis von Biomasse gemacht.

Das Ziel einer ökosozialen Wirtschaft kann aber sicherlich nicht nur durch die Reformen auf der Seite der Staatseinnahmen, sondern muß auch durch strukturelle Veränderungen auf der Ausgabe Seite erfolgen. Der Staat kann ja absolut durch eine Subventionspolitik und die Möglichkeit, öffentliche Aufträge zu vergeben, hier steuernd eingreifen. Ich möchte nur auf den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds hinweisen, der in meinem Ressort angesiedelt ist und der



Ein frühes Signal für die neue Umweltpolitik: Entgiftetes E-Werk Voitsberg.

– immerhin Jahr für Jahr steigend und heuer mit soviel Geld wie noch nie – der österreichischen Wirtschaft einen starken Investitionsschub bieten wird, nämlich siebeneinhalb Milliarden Schilling. Das ist eine ungeheure Menge Geld, die Arbeitsplätze sichert und auch noch zusätzliche Investitionen hervorruft.

### Ökologische Alternativen

Die Finanzierung dieser Programme könnte etwa auch durch Energieversorgungsunternehmen, deren Investitionsrückstau mehr als 50 Milliarden Schilling beträgt, sehr gut organisiert werden. Ich weiß schon, das ist auch ein heikles Thema. Aber wir sollen auch heikle Themen angehen, wir sollen Konflikte aufzeigen; also erlauben Sie mir, daß ich diesen immer wieder zitierten Investitionsrückstau der Energiewirtschaft und der Energieversorgungsunternehmen an-

spreche. Es gäbe eine Reihe von wirklich ökologisch orientierten Alternativen zu den normalen, traditionellen Ausbauprogrammen der Energiewirtschaft. Ich glaube, daß wir den Mut haben sollten, auch dieses Thema zu diskutieren.

Es ist heute jedenfalls unbestritten und allgemein bekannt, daß das Ziel einer verbesserten Umwelt mit dem Ziel der Vollbeschäftigung nicht im Widerspruch steht. Vielmehr gilt: Arbeitsplätze sind nur dann längerfristig zu sichern, wenn von den Unternehmungen her Bedacht auf umweltpolitische Belange genommen wird, sei das bei den erzeugten Produkten oder sei das bei den Herstellungsverfahren. Österreichische Schätzungen durch das Umweltbundesamt ergaben, daß durch bereits jetzt laufende Umweltaktivitäten, vor allem auch durch solche, die der Fonds finanziert, mehr als 50.000 Arbeitsplätze gesichert

werden. Und internationale Studien weisen nach, daß die arbeitsplatzschaffenden Effekte von Umweltaufwendungen die arbeitsplatzvernichtenden Effekte, die es ganz sicher auch gibt – Betriebsschließungen, zeitweilige Stilllegungen, Investitionsstau, Verlagerung ins Ausland (ein ganz wichtiges und nicht zu unterschätzendes Element) – sehr deutlich übertreffen.

Die Österreichische Volkspartei stellt den Wirtschaftsminister und sie stellt den Umweltminister. Die Österreichische Volkspartei stand und steht seit dem Jahr 1945 für Wirtschaftskapazität, für Wirtschaftskennntnis. Wir sind die Wirtschaftspartei, wir können wirtschaften. All das traut man uns zu. Wir haben dies in der Vergangenheit unter Beweis

gestellt und wir tun es auch heute. In dieser Bundesregierung haben wir bereits gezeigt, was wir in diesem Bereich alles können. Unsere Partei war aber auch in den letzten Jahren diejenige, die in Österreich Umweltpolitik gemacht hat. Es war daher nur ganz normal und logisch, daß die Österreichische Volkspartei auch den Umweltminister in der Regierung stellt.

Es ist die ganz große, zukunftsweisende Aufgabe unserer Partei, die Versöhnung zwischen Ökonomie und Ökologie in dieser und in kommenden Regierungen zu realisieren. Solange ich jedenfalls Umweltministerin bin, werde ich, von der ökologischen Seite her, das Meine dazu beitragen. Die Partei ist aufgerufen, die ökonomische Seite beizutragen.



**Karl Aiginger**

*Univ.-Doz. Dr. Karl Aiginger hat sich mit wissenschaftlichen Analysen wirtschaftlicher und politischer Probleme einen Namen gemacht. Wir geben seinen Beitrag auf der Enquete der ÖVP über die Ökosoziale Marktwirtschaft wieder.*

## **Umweltbewußtsein ist kein Zufall**

Zur Diskussion über die Ökologische Marktwirtschaft möchte ich sechs Thesen beitragen:

1. Das ökologische Problem ist sicher eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Es ist wahrscheinlich von der Verantwortung her überhaupt das größte Problem, weil wir hier Verantwortung für die zukünftigen Generationen übernehmen.

Von der materiellen Belastung her ist das Umweltproblem nicht das größte uns bekannte Problem. Die Lösung der sozialen Frage und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind wahrscheinlich teurer als die Sanierung der Umwelt. Um

ein paar Zahlen zu bringen: Die Sozialausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts sind in den letzten drei Jahrzehnten von fünf auf 20 Prozent des Sozialprodukts gestiegen. Die Höhe der Umweltschutzausgaben liegt heute vielleicht bei zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, ihr Anstieg auf vier oder fünf Prozent überschreitet bereits die Vorstellungskraft und Hoffnungen der „grünsten“ Beobachter.

### **Umwelt und Wachstum**

2. Das Verhältnis von Umwelt zu Beschäftigung: Gerade der Ausbau der Sozialen Marktwirtschaft hat uns demon-

striert, daß auch teure Lösungen von primär nicht ökonomischen Problemen nicht zu Lasten der Konkurrenzfähigkeit und des Wachstums gehen müssen. Die Rücksichtnahme auf das jeweils Mögliche, kombiniert mit dem Willen, das Problem langfristig kompromißlos zu lösen, hat potentielle Gegensätze zur Symbiose gebracht. In den Jahrzehnten mit dem raschesten Anstieg der Sozialausgaben (1945 bis 1975) ist auch unsere Wirtschaftsleistung am raschesten gewachsen. Ähnlich könnte das Verhältnis von Umwelt und Wirtschaftswachstum oder zwischen Umwelt und Konkurrenzfähigkeit gestaltet werden. Sie sind nicht notwendigerweise immer Gegner.

Umweltaufgaben fördern auf der einen Seite das Wirtschaftswachstum, indem sie die Nachfrage erhöhen, die Beschäftigung erhöhen und Sättigungstendenzen entgegenwirken. Auf der anderen Seite ist Umweltschutz natürlich partiell belastend für die Konkurrenzfähigkeit. Er absorbiert Mittel, die sonst für produktive Kapazitäten bereitgestellt werden könnten. Der Nettoeffekt aus dieser Nachfragestimulierung und der Verteuerung der Produktion ist minimal. Die Mehrzahl der Studien zeigt, daß er leicht positiv ist. Dies hängt aber sehr von der Modellierung ab, auch von der Art der Umweltinvestitionen, vom Zeitpunkt, vom Importgehalt usw.

### Vorsicht bei Berechnungen

Insgesamt können wir feststellen, daß eine Umweltpolitik nach ihrem Beitrag zur Verbesserung der Umwelt gesehen werden soll. Sie soll weder als „Beschäftigungszauberer“ noch als „Arbeitsplatzvernichter“ ideologisiert werden. Die erwähnten Berechnungen des Umweltbundesamts über große positive Ef-

fekte sind nicht falsch, aber sie unterstellen eine bestimmte Annahme, nämlich, daß das Geld nur für Umweltausgaben verwendet wird und daher frei verfügbar ist. Dann entstehen zusätzliche Arbeitsplätze. Aber das kann man für alles ausrechnen, auch fürs Löchergraben und für deren Zuschütten. Studien, die gigantische positive Beschäftigungseffekte berechnen, sind genauso falsch wie solche, die hohe negative Effekte melden.

### Notwendige Gegenkräfte

3. Meine dritte These betrifft das Verhältnis von Umweltpolitik zum Staat: Umweltpolitik bedarf eines sehr sorgfältigen Vorgehens, was die Zusammenarbeit von Staat, Unternehmern und Konsumenten betrifft. Eine Umweltpolitik, die vom Staat verordnet und vom Unternehmer nicht akzeptiert oder von den Konsumenten nicht geschätzt wird, ist zum Scheitern verurteilt. Andererseits wird auch eine Umweltpolitik, die nur auf die Einsicht der Wirtschaftsobjekte in die künftigen Notwendigkeiten wartet, nicht funktionieren, weil der Großteil der Wirtschaftsobjekte sehr gerne die heutigen Effekte des Handelns überbewertet und die künftigen Effekte zu gering schätzt. Dies mag bedauert werden oder nicht, ist aber ein Faktum („Diskontierung des zukünftigen Nutzens“).

Da auch der Staat – Beamte, Parlamentarier, politische Parteien (vielleicht sogar die Österreichische Volkspartei) – die Zukunft zu stark herabdiskontieren, ist gerade in der Umweltpolitik die Gegenkraft von Utopisten, Moralisten, Fanatikern ein notwendiges Element zur angemessenen Berücksichtigung der Umweltaspekte. Auch, wenn diese Gruppen manchmal nerven und kontraproduktiv sind, wirken sie unserer Un-

terschätzung zukünftiger Probleme effektiv entgegen.

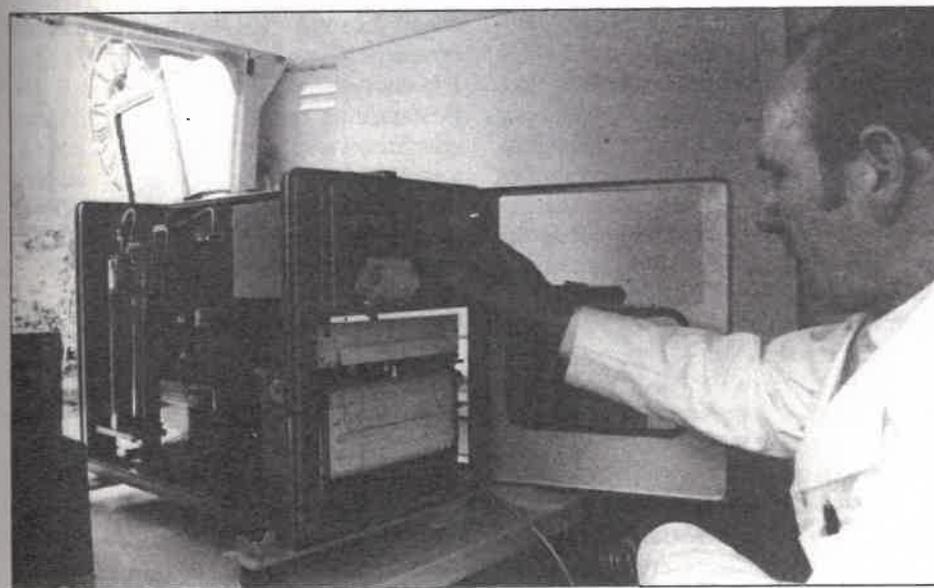
4. Umweltpolitik ist umso effektiver, je klarer die staatlichen Zielvorgaben sind und je effizienter der Staat seine Hilfsfunktion in Organisation, Förderung und Finanzierung gestaltet.

Umweltpolitik ist umso billiger, je langfristiger die Zielvorgaben bekannt sind, und ist umso billiger, je mehr der Staat den Unternehmern die Freiheit läßt, von ihm vorgegebene Zielvorgaben auf die für sie billigste Art zu erfüllen. Diesen Gedankengang bezeichnet man als den „marktwirtschaftlichen“ Weg. Der Staat gibt das Ziel vor, weiß aber nicht den optimalen Weg. Dieser ist für jedes Unternehmen verschieden, den muß der Unternehmer selbst suchen, den muß er austauschen können. Wenn die Reduktion eines Schadstoffs teurer fällt, der kann handeln mit dem, den sie

billiger kommt. Die Gesamtlösung ist billiger, als wenn der Staat jedem vorschreibt, seine Umweltausgaben um 27,22 Prozent zu reduzieren.

### Die Ausführung überprüfen

5. Die Kontrolle und auch die Errichtung von Deponien ist sicher eine Staatsaufgabe. Sie kann aber dennoch entweder nach Effizienzkriterien oder nach bürokratischen Gesichtspunkten ausgeführt werden. Mir ist ein sehr positives Beispiel in Ungarn aufgefallen: Hier wurde ein wissenschaftliches Universitätsinstitut, das Meinungsforschung betreibt, damit beauftragt, die Effizienz der staatlichen Erfüllung von Aufgaben durch Befragungen zu überprüfen. Eine Meinungsbefragung erhebt nun, wie zufrieden Unternehmer mit der Entsorgung, mit dieser oder jener Deponie sind. Irgendwie muß der Staat feststel-



Kontrolle der Werte ist gut, zusätzliche Motivation der Wirtschaft besser.

len, ob eine Aufgabe, die er delegiert hat, auch erfüllt wird. Wenn dies nur bürokratisch erfolgt, dann wird es eine sehr schwache Überprüfung sein. Wenn die Benutzer aber sagen können, womit sie zufrieden waren, ob sie mit Deponie A, B oder C zufrieden waren, dann gibt es eine Kontrolle auch für diese Staatsaufgaben.

### Motivation und Kontrolle

6. Effektiver Umweltschutz bedarf der dezentralen Motivation und der dezentralen Kontrolle. Umweltschutz durch Behörden, ohne motivierte Unternehmen und ohne engagierte Konsumenten, ist fast ineffektiv. Dezentrale Verschmutzer können zentralistische Behörden immer bei jedem komplexen Problem überspielen, da Dienstzeiten, Meßzeitpunkte, Meßindikatoren, Instanzenläufe, persönliche Eitelkeiten und eventuelle politische Neigungen der Kontrolleure immer feststellbar sind. Meistens ist sogar nicht einmal individuelles Fehlverhalten notwendig. Die Schwerfälligkeit der Bürokratie, der Kontrolle allein reicht aus, um dem einzelnen Verschmutzer, der ja ein großes Interesse hat, einen Vorsprung zu gewähren. Ein persönliches Beispiel dafür: Ich war immer wieder davon fasziniert, daß in bestimmten Fabriken in Wien eine vollautomatische Anlage 20 Minuten nach Mitternacht das Gebläse in einer vollkommen leeren Fabrik in Gang setzt. Wahrscheinlich ist dem Unternehmer bekannt, daß um Mitternacht die letzte Messung stattfindet.

Die Veröffentlichung der Meßergebnisse, das Recht der Anrainer, Messungen bestimmter Schadstoffe oder zu bestimmten Tageszeiten zu verlangen, sind eine notwendige Ergänzung der öffentli-

chen Kontrollfunktion. Generell ist die Eigendynamik der Bürokratie ein Hemmfaktor für die aktuelle Kontrolle bei der Einhaltung der Richtlinien. Die Laufzeit von Akten, der sich über Jahrzehnte hinaus entwickelnde Kontakt zwischen Unternehmen und dem zuständigen Amt und zu den Kontrolleuren forcieren sicher nicht Genauigkeit und Schnelligkeit der Beobachtung.

Letztlich können bürokratische Auflagen, Lockangebote zur Umweltverbesserung, zum Beispiel durch Subventionen, aber auch die Bürgerkontrolle nur Feuerwehrmaßnahmen gegenüber einem lang vernachlässigten Problem sein. Eine aktive Lösung der Umweltproblematik – und das wurde ja auch von der Frau Minister angesprochen – kann nur ein Preissystem bringen, in dem der Verursacher für die Emissionen zahlen muß. Energie- und Abfallsteuern sind ein notwendiger Teil einer langfristigen Lösung. Sie werden aber nicht ausreichen, weil die Komplexität der Emissionen dem Einfachheitsgebot der Besteuerung entgegensteht. Man kann eine Steuer auf Schwefeldioxyd machen, vergißt aber dabei Hunderte andere Schadstoffe. Aber diese Steuern sind immerhin ein Baustein einer relativ marktwirtschaftlichen Lösung.

### Nur Feuerwehrmaßnahmen

Ich möchte Sie einladen, zu sich selbst ehrlich zu sein. Wer Energiesteuern und Umweltsteuern ablehnt, muß sich deklarieren: Entweder betrachtet er das Umweltproblem als nicht existent, das ist die eine Möglichkeit. Oder er muß dafür sein, daß Behörden, unter anderem durch Subventionen, Entscheidungen mit punktuelltem Willkürgehalt treffen. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht!

Zu dieser Überlegung will ich alle Interessenvertreter einladen, die bei der letzten Steuerreform die Energiesteuer abgelehnt haben.

An einem Punkt allerdings berühren Umweltsteuern eine größere politische Frage. Und das ist wahrscheinlich eine Ursache der derzeitigen Ablehnung. Umweltsteuern werden umso mehr akzeptiert werden, je sparsamer der Staat generell bei Ausgaben und bei Einnahmen ist. Wird der Staat mit aufgeblähter Bürokratie gleichgesetzt, dann werden Umweltsteuern immer als Körpergeld

betrachtet. Schränkt sich der Staat auf überkommene Aufgaben ein und erfüllt notwendige Aufgaben mit gesteigertem Effizienzdenken, dann werden auch Umweltsteuern als Gegenleistung für die Belastung und für die Entsorgung akzeptiert werden. Hier kommen Umwelt und politische Wertung der Staatsquote zusammen. Je kleiner und effizienter der Staatssektor, desto größer wird der Freiraum zur Erfüllung der Umweltaufgaben. Das höhere Umweltbewußtsein in der benachbarten Schweiz ist kein Zufall.

**Die hohe Schule  
des Wohnens.**  
Leiner

Wien 7, SC5-Vösendorf, St. Pölten, Krems, Wr. Neustadt, Bruck/Mur, Graz, Judenburg, Linz, Wels, Steyr.

## Gerhart Bruckmann

Univ.-Prof. Dr. Gerhart Bruckmann, Statistiker und leidenschaftlicher Naturfan, ist der ÖVP-Sprecher für Umweltfragen. Hier sein Beitrag auf der ÖVP-Enquete zur Ökosozialen Marktwirtschaft.



# Jede Politik im Dienst der Umwelt

Der Begriff Ökosoziale Marktwirtschaft besteht aus drei Teilen: öko, sozial und Marktwirtschaft.

Lassen Sie mich mit dem dritten Teil beginnen. Die Überlegenheit des marktwirtschaftlichen Systems ist empirisch wie politisch längst erwiesen. Lassen Sie mich als Statistiker diese Überlegenheit mit einer Ziffer untermauern. Hans Millendorfer, vielen von Ihnen sicherlich persönlich bekannt, ist in einer seiner früheren Arbeiten über die von ihm entwickelte „Allgemeine Produktionsfunktion“ zu folgendem Ergebnis gekommen: Fügt man eine bestimmte Menge Produktionsfaktoren zusammen (Ar-

beit, Boden, Kapital, Bildung und Energie) und setzt man das Produktionsergebnis in einer marktwirtschaftlichen Demokratie mit 100 an, so resultieren aus einer Kombination derselben Menge von Produktionsfaktoren in einer zentral gelenkten Wirtschaft 50, in einem Entwicklungsland 30. Aus dieser ungleich höheren Effizienz des marktwirtschaftlichen Systems resultiert auch dessen soziale Rechtfertigung – wo mehr da ist, kann auch mehr verteilt werden.

Aus dieser Überlegenheit ergibt sich aber auch die Überlegenheit in ökologischer Hinsicht. Zunächst läßt sich empirisch feststellen, daß die Umweltsitua-

## Bruckmann: Politik im Dienst der Umwelt

tion in zentral gelenkten Wirtschaftsräumen eine noch wesentlich ungünstigere ist als in westeuropäischen Ländern mit marktwirtschaftlicher Ordnung. Ja, es wird in jenen Ländern sogar direkt argumentiert: „Ihr seid ja reich, ihr könnt euch Umweltpolitik leisten; wir sind aber so arm, daß wir uns keine Umweltpolitik leisten können“.

### Zwei große Gefährdungen

Es wäre aber ganz falsch, wollten wir aus dieser Tatsache der Überlegenheit in umweltpolitischen Dingen eine Rechtfertigung dafür ableiten, weniger für die Umwelt tun zu müssen. Unter den ungezählten Menschheitsproblemen der Gegenwart – von der Massenarbeitslosigkeit bis hin zum Terrorismus – sind es nämlich eigentlich nur zwei, die für die Menschheit als Ganzes überlebensge-

fährdend sind: die Möglichkeit einer weltweiten kriegerischen nuklearen Auseinandersetzung und das ökologische Problem. Diese beiden verhalten sich zueinander logisch wie Tod durch Autounfall zu Tod durch Krebs. Der Tod durch Autounfall ereignet sich oder nicht – auch der Dritte Weltkrieg ereignet sich oder nicht. Ereignet er sich, so erübrigt sich jede weitere Erörterung; ereignet er sich jedoch nicht, so ist alles in bester Ordnung. Bei der ökologischen Krise dieser Welt, die Minister Riegler sehr klar geschildert hat, wissen wir aber nicht, wie weit die Krankheit schon fortgeschritten ist. Sind es noch präkanzeröse Syndrome, oder sind wir schon im Stadium von Metastasen?

Daher sehe ich in diesem zweiten der beiden überlebensdrohenden Probleme das eigentlich entscheidende Überle-



Die Müllwaine wächst rapid: von der Versorgungs- zur Entsorgungswirtschaft.

bensproblem der Menschheit. Und damit stellt sich als Aufgabe der Ökosozialen Marktwirtschaft, die Überlebensproblematik der Menschheit mit marktwirtschaftlichen Mitteln zu lösen.

### **Wir sind anders programmiert**

Hans Millendorfer hat die Wende, an der wir uns derzeit befinden, doppelt charakterisiert: Einerseits stehen wir heute an der Wende von der Mangelwirtschaft zur Überflußwirtschaft – Minister Riegler hat es auch bereits klar zum Ausdruck gebracht, daß die Problematik der landwirtschaftlichen Überschußproduktion in den westlichen Ländern bisher nicht gelöst werden konnte, weil die Menschheit eben von Anfang an auf Mangel, aber nicht auf Überschuß programmiert war. Andererseits aber erleben wir die heutige Wende als eine Wende von der Versorgungswirtschaft zur Entsorgungswirtschaft. Auch hierauf ist die Menschheit nicht eingerichtet, da sie seit Jahrtausenden nur um bessere Versorgung gerungen hat, jedoch niemals mit einer grundsätzlichen und allumfassenden Entsorgungsproblematik konfrontiert war.

Sicherlich gibt es im Bereich der Versorgung auch heute noch große Lücken zu schließen, etwa im Gesamtbereich der „neuen Armut“. So wird die Beseitigung der neuen Armut bei kinderreichen Familien ein Hauptziel der Politik in den kommenden Jahren sein müssen. In einer Zeit, in der das Sozialprodukt pro Kopf viermal so hoch ist wie in der Generation unserer Väter, müßte dies prinzipiell wohl möglich sein.

Neben den vielen wünschenswerterweise zu lösenden Versorgungsproblemen aber sind uns, ob uns dies paßt oder nicht, die Entsorgungsprobleme im wei-

testen Sinn des Worts inzwischen über den Kopf gewachsen und stellen heute die eigentlichen Hauptprobleme der gesamten Wirtschaftspolitik dar, auch wenn dies noch keineswegs in ausreichendem Maß erkannt wurde. Den sich alle zehn Jahre verdoppelnden Müllmengen, der zunehmenden Vergiftung unserer Lebensgrundlagen kann nur durch eine Änderung der Zielsetzung unserer Wirtschaftspolitik entsprochen werden, nämlich durch einen Übergang von der gegenwärtigen Form des unreflektierten, bedenkenlosen Wachstums zum sogenannten „dauerhaften Wachstum“ (sustainable growth), worauf auch Wolfgang Schüssel in seinen Publikationen immer wieder hinweist.

Wodurch ist dieses „dauerhafte Wachstum“ (auch: nachhaltiges Wachstum) gekennzeichnet?

Dauerhaftes Wachstum ist zunächst gekennzeichnet durch die systematische Nutzung erneuerbarer Energiequellen anstelle nicht erneuerbarer Energiequellen; ferner – viel allgemeiner – durch die Vermeidung jeder einseitigen Kontamination der Biosphäre, und schließlich durch das systematische Bemühen um geschlossene Kreisläufe. In diesem Sinn kann der alte Bauernhof als Modell für diese Denkweise herangezogen werden – menschliche und tierische Stoffwechselprodukte dienten als Dung, Küchenabfälle wurden den Schweinen verfüttert, und dem Wald wurde nicht mehr entnommen, als nachwuchs.

### **Wirtschaftsform auf Dauer**

Diese Prinzipien sind durchaus auch auf der heutigen Zivilisationsstufe nachvollziehbar, zum Beispiel durch die Verwendung von Alt-Autoreifen als thermischer Rohstoff in der Zementindustrie.

Der Gedanke einer „Abfallbörse“ könnte zügig zu einem Markt für Sekundärrohstoffe ausgebaut werden, als ein ökonomisches Mittel, um dem ökologisch erforderlichen Übergang zu einer dauerhaften Wirtschaftsform zu entsprechen. Eine dauerhafte Wirtschaftsform ist jene, die beliebig lange in die Zukunft hinein fortgesetzt werden könnte; von unserer heutigen Form des Wirtschaftens kann dies wirklich nicht behauptet werden.

Ja, es muß sogar eine Prioritätenreihung vorgenommen werden: Ähnlich,

wie Wirtschaftspolitik vor Sozialpolitik kommt, da nichts verteilt werden kann, was nicht vorher erwirtschaftet wurde, muß Umweltpolitik vor Wirtschafts- und Sozialpolitik kommen, denn wenn die Lebensgrundlagen nicht gesichert sind, kann weder produziert noch verteilt werden.

Damit wird es zu einer Hauptaufgabe der Politik schlechthin in den kommenden Jahren werden, alle anderen -politiken, von der Wirtschaftspolitik bis zur Steuerpolitik, in den Dienst der Umweltpolitik zu stellen.



Entscheidend für ein „dauerhaftes Wachstum“: die erneuerbare Energie nutzen.

## Walter Heinzinger

Walter Heinzinger ist Generalsekretär des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes und einer der engagiertesten Umweltpolitiker in der ÖVP. Hier sein Beitrag zur Enquete über die Ökosoziale Marktwirtschaft.



# Endlich lernen, an das Ganze zu denken

Sozialpolitik, Umweltpolitik und Wirtschaftspolitik – so hat Gerhart Bruckmann in seiner Analyse unterschieden – das wäre für mich ein Dreieck ohne Wertigkeit. Denn wir alle stehen im Ökosystem Erde, und das ist nicht zu trennen oder aufzuteilen. Wir stehen auch zu unserer Umwelt in sozialer Beziehung. Und letztlich ist ein fortschreitendes wirtschaftliches Handeln auf einer höheren Ebene soziales Handeln. Es sollte ja nicht der Marktmechanismus im Mittelpunkt stehen, sondern der Mensch. Wirtschaftliches Handeln ist – nüchtern betrachtet – nichts anderes als das Zur-Verfügung-Stellen von Gütern

und Dienstleistungen; wenn geht, schön und zu vernünftigen Preisen.

Eine zweite Sache möchte ich gleich meinem steirischen Freund Riegler mit andienen: eine Gruppe von Mittägern für die Ökosoziale Marktwirtschaft – Gerhart Bruckmann, Erhard Busek und natürlich auch mich. Aber unauslöschlich ist Rieglers Verdienst als Regierungsmitglied, das auch umzusetzen. Denn nette Forderungen aufzustellen, das geht ja bald einmal leicht. Die Landwirtschaft muß, bedingt durch die Wachstumszyklen, in anderen, konservativen Dimensionen denken. In dieser sensiblen Situation ist die Ökosoziale Markt-

wirtschaft ein herausragendes Ereignis, und dafür wurde Minister Riegler natürlich zu Recht gelobt.

### In der Theorie einig, aber ...

In dem Dilemma, in dem wir uns befinden, geraten wir auch immer wieder an die Grenze unserer Erkenntnisfähigkeit. Im Sinn eines kulturellen Fortschritts bemühen wir uns jedoch, diese immer wieder auszudehnen. Im „Faust“ heißt es: „Grau, teurer Freund, ist alle Theorie, doch grün des Lebens gold'ner Baum“. Das könnte man jetzt für die Diskussion umfunktionieren: „Grün, teurer Freund, ist alle Theorie, doch grau der Erde durrer Baum“. Denn in der Theorie sind wir uns schon sehr einig, wie es gehen müßte.

Die Wirklichkeit schaut freilich anders aus. Betrachten wir unser Treiben einmal sehr abstrahiert: Nehmen wir an, die Bewohner irgend eines weit entfernten Systems wären in ihrem Erkenntnisstand schon viel weiter als wir und beobachten uns. Da würden sie feststellen, daß es alle möglichen Lebewesen gibt, und unser großes kulturelles Treiben als Stoffwechselprozeß bezeichnen. Sie würden feststellen, daß es dort ein Lebewesen gibt, das an den Ausscheidungsprodukten seines Stoffwechselprozesses zugrunde geht. Ich setze aber nicht auf Pessimismus, sondern natürlich auf kulturelle Evolution und glaube, daß wir an diesem Stoffwechselprozeß nicht zwingend zugrundegehen müssen.

### Keine Verzögerungen mehr

Zwei konkrete Punkte dazu: Der eine ist mehrfach angesprochen worden, aber ich bin da skeptisch. Es war der Ruf nach internationalen Lösungsmodellen. Im Prinzip richtig. In Wirklichkeit aber wer-

Heinzinger: An das Ganze denken

den internationale Lösungen nicht aufgrund von Einsicht oder Vernunft entschieden, sondern aufgrund von Machtkonstellationen. Ökologische Prozesse wiederum laufen aber nicht aufgrund von Machtkonstellationen ab, sondern nach den Erfahrungsregeln der Evolution. Daher besteht für mich die große Sorge, daß immer dann, wenn „international“ gerufen wird, eine Verzögerung entsteht, die wir uns in Wahrheit angesichts der einheitlichen Zustandsberichte nicht leisten können.

### Pionierleistungen gefragt

Wenn wir die Marktwirtschaft für uns beanspruchen, dann ist Pioniertum ein Wesenselement der Marktwirtschaft.



Forschung heute: noch überschaubar?

Wer am Markt Pionier ist, hat Erfolg. Wenn das zutrifft, dann darf man auch im Umweltschutz Pionier sein. Und wenn sich die Umweltministerin im besonderen zur Ökosozialen Marktwirtschaft bekennt, dann darf sie auf diesem Gebiet Pionierleistungen beanspruchen. Das ist in der Marktwirtschaft durchaus systemadäquat. Ich glaube daher, daß wir den Mut haben sollten, mit Augenmaß und Leidenschaft zugleich Pionierleistungen auch auf diesem Gebiet zu vollbringen.

Ein zweiter Punkt, der mir außerordentlich wichtig erscheint und der einen Qualitätssprung bedeutet: Das Wesen der ökologischen Prozesse ist das ausbalancierte Ablaufen dieser Prozesse bei geringstem Energieeinsatz und Stoffverbrauch. Diese Gesetzmäßigkeiten werden in der Zukunft für uns eine ganz herausragende Rolle spielen. Wir vermögen sie jedoch in vielen Dingen trotz aller Anstrengung nicht zu erkennen und nicht zu durchschauen. Beispiel: die Umweltschäden, aber auch die Gesundheitspolitik und ihre Folgen. Das Anwenden von anpassungsfähigen Kreisläufen wird für die vernetzten Systeme ein ganz entscheidendes Kriterium in einer Ökosozialen Marktwirtschaft sein. Aber im Augenblick sind wir davon meilenweit entfernt. Ich darf Ihnen dafür ein kleines Beispiel bringen:

### Denken in Zusammenhängen!

Im Jahr 1983, als Umweltsprecher meiner Partei Vorgänger von Gerhart Bruckmann, interessierte ich mich für die vernetzten Denkweisen, die man bei einem der größeren Bauwerke der Neuzeit, beim Rhein-Main-Donaukanal, entwickelt hat. Ich schrieb an alle besonders Zuständigen Briefe mit einer Reihe

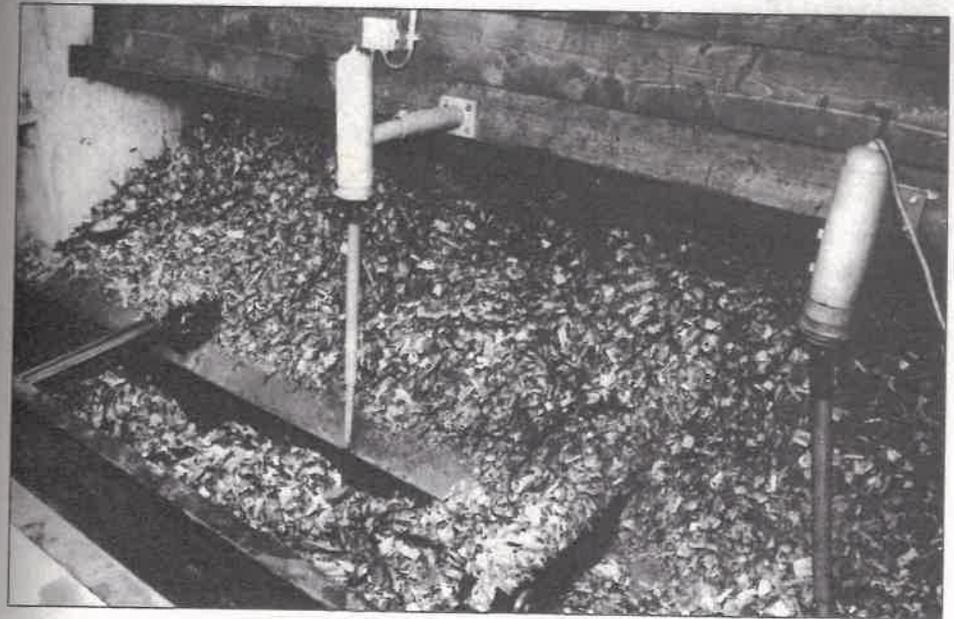
bedeutsamer Fragen wie Input-, Output-Rechnung, etc. etc.; Fragen, die zu diesem bedeutsamsten, teuersten, größten Bauwerk der europäischen Geschichte führen.

Und jetzt zitiere ich aus den Antworten: Die erste ist von der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft und deren Vorstand: „Der Kanal selbst geht zwar seiner Vollendung entgegen, zur Zeit der Drucklegung dieses Werks ist hingegen die Frage der Nutzungsrechte und Nutzungsmöglichkeiten noch immer offen. In Unkenntnis dieser Umstände sind Detailprognosen nicht nur unmöglich, sondern unter Umständen irreführend und daher störend“. Also: Wir sehen der Vollendung dieses Bauwerkes entgegen, aber sonst wissen wir nichts.

### Wie weit der Blick nicht reicht

Die Bundesbahnen meinten durch ihren Generaldirektor: „Als Generaldirektor der Österreichischen Bundesbahnen bin ich nicht berufen, über den volkswirtschaftlichen Nutzen des Kanals ein Urteil abzugeben, weil mir der Einblick in die Auswirkungen für die gesamte Volkswirtschaft nicht möglich ist“. Das heißt, wir haben jetzt zwar das Konzept Neue Bahn, Österreichs teuerstes Bauwerk, aber der Blick reicht nicht von der Eisenbahn bis zur Schifffahrt.

Ein drittes Zitat, und zwar aus dem Brief des zuständigen Manns für Verkehrssicherheit in der Bundeskammer: „Mir sind, sehr geehrter Herr Nationalrat, noch keine von österreichischer Stelle in Auftrag gegebenen Kosten-Nutzen-Rechnungen für den Rhein-Main-Donaukanal bekannt“. Weitere Beispiele möchte ich Ihnen ersparen, es sind aber auch zum Teil sehr gediegene Antworten zu anderen Detailfragen dabei.



Kreisläufe schaffen: Holzschnetzelheizung – mit Energie, die nachwächst.

Diese Diskussion scheint mir symptomatisch zu sein. Wenn wir den Anspruch, Ökosoziale Marktwirtschaft zu machen, erheben wollen, dann müssen wir lernen. Wir müssen lernen, uns vom sektoralen Denken zu befreien, was wahrscheinlich kompliziert ist. Zwei Vorredner haben das im besonderen erwähnt, Riegler und Schüssel. Wir müssen zu einem Denken in Zusammenhängen kommen. Das ist eine völlig neue Kunst, die wir auf allen Ebenen erlernen müssen.

Damit bin ich schon am Schluß. Vor ungefähr einem dreiviertel Jahr hat es im Parlament eine Tagung über Hochschulen gegeben. Und alle hohen Lehrer, die dort waren, haben bitter darüber geklagt, daß man nicht einmal am Standort weiß, woran der verwandte Kollege am selben Standort, aber in einer anderen Schule, gerade forscht. Und das scheint mit ein ganz wichtiger Gedanke zu sein, wenn wir uns trauen, im Firmenschild wunderbar „Ökosoziale Marktwirtschaft“ zu führen.